

Zürich, im April 2023

Zürcher Wirtschaft

Fokus: Mobilität

Und: Logistik

Überstunden am Klavier: Bella C. über Höhen und Tiefen in Zürcher Pianobars. **8/9**



Velo-WM Zürich 2024 Handwerker verärgert



«Wir Handwerker erleben während der Rad-WM 2024 einen Lockdown», sagt Malermeister Roger Suter. Seine Mitarbeiter könnten dann nicht mal Jalousieläden spritzen, da sein Geschäft in Witikon wegen der Umleitung zeitweise gesperrt sein wird. **6/7**

Bild Mark Gasser

Zürich: Was bedeutet der Parkplatz-Kahlschlag für lokale KMU? **4**

Die Digitalisierung und Elektrifizierung vereinfacht Mobilitätsprobleme, löst sie aber nicht. **5**

An der KGV-Präsidentenkonferenz war Treibstoff aus Solarenergie Thema. **14/15**

Ludwig Hasler: Wir verschulen alles – und unterschätzen die Erfahrung. **19**

Zitat des Monats

«Erfahrung, sagte mir ein Unternehmer, ist bei uns der Innovationskiller Nummer eins.»

Ludwig Hasler
Kolumnist, über «Alte mit Zukunft»

Anzeige

Wasserbau.
Eberhard

Eberhard
Pioniere in Bau und Umwelt

FDP und SVP im Interview

Mark Gasser

2023 ist im Kanton Zürich wieder ein Super-Wahljahr. Nach den Kantons- und Regierungsratswahlen im Februar ziehen daher die beiden Präsidenten der Kantonalparteien von FDP und SVP, Hans-Jakob Boesch und Domenik Ledergerber, Zwischenbilanz. Und leiten ihre Erwartungen im

Hinblick auf die National- und Ständeratswahlen ab.

Weiter äussern sie sich zum CS-Debakel, zur Pattsituation im Kantonsrat zwischen Bürgerlichen und Klimaallianz, zur neu gewonnenen Durchschlagskraft für gewerbliche Anliegen und dem – immer wieder strapazierten – Teamwork zwischen den beiden bürgerlichen Parteien. **12/13**

Anzeige

BusPro

Das Business-Programm

BusPro ist Kunden- und Lieferanteninfo, Auftrag, Lager, Buchhaltung, Lohn

www.buspro.ch

faigle

INHALT

Im Brennpunkt	
Was der Parkplatzabbau bedeutet	4
Mobilität: Digitalisierung hilft Gewerbe nur teilweise	5
Veloexperimente und eine Rad-WM, die polarisiert	6
Pianistin im Gespräch: «Würde alles genau gleich machen»	8
Ärger über Urheberrechtsgebühren	10
Politik & Wirtschaft	
«Wir haben eine Lotterie-Mehrheit»	16
Zwei erfreuliche Entscheide aus Sicht der Zürcher KMU	15
Parolen Volksabstimmung	15
Verbände	
KGV-Präsidentenkonferenz in Rüschtikon	16
Ratgeber	
Stolperstein Ferienlohn	18
Bildung	
Premiere bei der Vernetzung von KMU	20
China-Markt hautnah miterleben	21
EuroSkills: Fünf Zürcher sind dabei	21
Kolumnen	
Nicole Barandun	14
Karikatur des Monats	14
Ludwig Hasler	19
Der Wadenbeisser	22

Erdbeerkonfitüre...

Sie alle kennen das alte Sprichwort: Mit Speck fängt man Mäuse! Ich versuche es heute mal mit «Epperigomfi» im Titel und verführe Sie so (hoffentlich) zum Weiterlesen. Denn der Titel für heute hätte «Achtung, Politik» oder «Schon wieder Wahlen» oder so ähnlich lauten müssen. Aber Hand aufs Herz, hätten Sie dann überhaupt weitergelesen? Damit sind wir bereits voll in meinem heutigen Thema.

Vergisst Politik die KMU?

Wir alle, die wir im täglichen KMU-Leben eingebunden sind, kommen in politischen Sachen immer wieder zum Punkt, an dem wir uns ohnmächtig fühlen. Aktuelle Themen wie zum Beispiel die CS-Geschichte sind so gross, dass wir ihnen aus unserer Unternehmer-Optik nur mit Unverständnis begegnen können. Unverständnis, weil es sich hier um einen Total-Betrag von Fr. 259'000'000'000.— für eine einzige Firma handeln könnte. Damit Sie nicht komplett trübsinnig werden, denken Sie bitte über diese Zahl nicht allzu intensiv nach...

KMU sind ja bekannterweise stressresistent. Das hat sich auch der Bundesrat gesagt und in einer Nacht- und Nebelaktion eine Verzinsung der Covidkredite eingeführt. Brief der Bank am 31. März, ab 1. April (leider kein Scherz) werden 1,5% Zins fällig! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, ich habe in der Politik ja schon vieles erlebt. Aber diese absolute Unverfrorenheit gegenüber uns KMU haut mir nun wirklich den berühmten Nuggi aus dem Gesicht! Aktuell sind schweizweit noch ca. 9,3 Mia. Franken Kredite aktiv. Bei 1,5%

Zins werden der Wirtschaft also ab sofort jährlich weitere 140 Millionen entzogen. Eine gelungene Strafaktion für all die Betriebe, die mit geliehenem Geld eine schwere Zeit überbrücken mussten.

Und wenn wir dann noch auf unser Bauchgefühl hören, dann ist die vermeintlich logische Schlussfolgerung naheliegend: Die Politik hat uns Kleine völlig vergessen...



Werner Scherrer
Präsident KGV

Nun zur Herkulesaufgabe

Nach diesen ärgerlichen Beispielen, bei denen Sie sicher voll mit mir einverstanden sind, ist das Folgende eine Herkulesaufgabe. Im Herbst sind Nationalratswahlen. Ich fordere Sie alle in voller

Überzeugung auf, dass Sie wählen! Wir müssen bei unserer Arbeit hinter den Kulissen weiterhin auf unsere Verbündete in National- und Ständerat zählen können. Konkret: Wählen Sie unbedingt, beachten Sie dabei, wer sich als wirtschafts- und gewerbefreundlich erwiesen hat. Die Wahlempfehlungen von KGV und sgv werden Sie dabei unterstützen. Es ist mir klar, dass wir auch in den kommenden Jahren immer wieder politische Entscheidungen erleben werden, mit denen wir nicht einverstanden sind. Aber mit unserer Arbeit werden wir auch in Zukunft die eine oder andere für die KMU schädliche Vorlage abwenden. Am Schluss sind es nicht nur die grossen Geschäfte, sondern die unendlich vielen kleinen nervigen Vorlagen, die uns die tägliche Arbeit immer wieder erschweren.

Ach ja, mit Erdbeerkonfitüre hat dieser Text überhaupt nicht zu tun. Ich hoffe, dass Sie mich für diese List entschuldigen. Und ich hoffe, dass der Trick funktioniert hat.

WIR BEGLEITEN SIE MIT DIGITALEN BUSINESS LÖSUNGEN
PROFESSIONELL IN DIE ZUKUNFT

Optimieren Sie die Prozesse und die Effizienz Ihres Unternehmens.
Als führendes Schweizer Unternehmen unterstützen wir Sie rund um
Prozess- und Dokumentenmanagement sowie Print- und Scan-Lösungen.

faigle.ch

Anzeigen

Ihr zuverlässiger Partner für Bauprojekte

J. Wiederkehr AG
Bauunternehmung
Dietikon

Tel. 044 744 59 79
www.wiederkehr-dietikon.ch
info@wiederkehr-dietikon.ch

VERLUSTE VERMEIDET MAN ONLINE

Creditreform Egeli Zürich AG
Binzmühlestrasse 13, 8050 Zurich
info@zuerich.creditreform.ch
Tel. +41 44 307 80 80
www.crediweb.ch

Creditreform

IT in die Cloud auslagern?

- ✓ Effizienter Arbeiten
- ✓ Zugriff von überall
- ✓ Keine Ausfälle mehr

ServerBase
We keep IT online

serverbase.ch/outsourcing

Beton für grosse Ideen.

toggenburger.ch/baustoffe/beton

Was der Parkplatzabbau bedeutet

Rund 6000 von 33 000 Parkplätzen in der blauen Zone werden in naher Zukunft aus Zürich verschwinden. Besonders betroffen sind die Quartiere Seefeld, Höngg und Wiedikon. Was bedeutet der Abbau fürs hiesige Gewerbe? Die Zürcher Wirtschaft hat sich bei über einem Dutzend der betroffenen KMU umgehört.

Anna Birkenmeier

Wer in der Stadt Zürich einen Parkplatz sucht, hat zumeist schlechte Karten. Was für den Privatverkehr schlicht nervig ist, kann fürs Gewerbe wirtschaftlich Folgen haben. Nicole Barandun, Rechtsanwältin und Präsidentin des Gewerbeverbandes der Stadt Zürich (GVZ), sagt dazu: «In Zürich unterscheidet man nicht zwischen Gewerbe und Privatverkehr – das ist ein grosses Problem!»

Eine kurze Anlieferung sei zumeist gut möglich. Sobald man längere Zeit parkieren müsse, etwa als Handwerker, wird es schwierig. Unsere Umfrage unter mehreren Handwerksbetrieben bestätigt: Je nach Uhrzeit und Quartier geht oft viel (Arbeits-)Zeit für die Suche nach einem Parkplatz verloren. Die Folgen seien Verspätung, genervte Kunden und letztlich wirtschaftliche Einbussen. Barandun kämpft deshalb dafür, dass kreative Lösungen für die Parkplatzproblematik gefunden werden. Etwa mit einer erweiterten Gewerbeparkkarte: «Man könnte Handwerkern damit zum Beispiel ermöglichen, dass sie an Orten parkieren dürfen, die nicht als Parkfeld gekennzeichnet sind.» Mit Ihrer Idee stösst die Mitte-Politikerin bislang auf wenig Gehör; befürchtet wird ein Missbrauch des Sonderrechts. Das Problem werde schlicht ignoriert, der Blick aufs Ganze fehle, moniert Barandun. «Das Velo genießt aktuell einen unglaublichen Kultstatus und verhindert die Sicht auf die Gesamtsituation.»

Scheuklappenmentalität

Ähnlich tönt es auch bei Andreas Egli, Gemeinderat der Stadt Zürich. «In Zürich ist der Glaube da: Man braucht in der Stadt doch kein Auto. Es herrscht eine Scheuklappenmentalität, die sich für viele Gewerbetreibende als Hindernis erweist.» Auf politischer Ebene seien denn auch alle Dämme gebrochen, um weitere Parkplät-



Werden auch diese Parkplätze im Seefeldquartier bald Opfer des Abbaus?

ze abzubauen. «Es sind weitere Volksinitiativen in der Pipeline, welche die Problematik zusätzlich akzentuieren werden. Für Gewerbetreibende, die aufs Auto angewiesen sind, wird die Situation in Zukunft nicht einfacher», so Egli. Wer nicht unbedingt ein Auto braucht, steigt zumeist heute schon auf den ÖV um – so wie etwa die Mitarbeitenden der Städeli & Partner GmbH. «Alle unsere Mitarbeiter benutzen den ÖV zur Arbeit, und unsere Kunden erwarten keine Firmenparkplätze vor Ort. Für Warentransporte werden Randstunden genutzt», sagt Karin Städeli, dipl. Steuerexpertin und Wirtschaftsprüferin. Hört man sich im Detailhandel um, so bereitet vielen der zunehmende Parkplatzabbau vor allem im Hinblick auf ihre Kundschaft Sorgen. «Weniger Parkplätze bedeutet weniger Laufkundschaft und somit weniger Umsatz, ergo weniger Profit und folglich auch weniger Steuern», bringt es Roger Riger von Podologie-Riger auf den Punkt.

Es geht um die Existenz!

Für Andreas Egli ist es deshalb an der Zeit, dass die Kosten, welche für das Gewerbe aufgrund der erschwerten Verkehrsbedingun-

gen entstehen, diskutiert werden. «Meines Erachtens besteht hier dringender Handlungsbedarf.» Denn mögliche Szenarien für die schwierigen Bedingungen zeigen sich bereits heute. Immer mehr KMU wandern ins Umland ab – die Parkplatzproblematik ist da nur ein Aspekt.

Konsequenzen verschlafen

Der FDP-Politiker Egli bemängelt aber auch, dass der angelaufene Parkplatzabbau von Anwohnern und Gewerbe ein Stück weit verschlafen wurde. «Als die Möglichkeit für Einfluss ins politische Geschäft noch da war, hat sich niemand gemeldet. Erst jetzt realisiert man, was da auf uns zukommt.» Trotz Widerstand: Einsprachen haben kaum eine Chance, die Projekte sind im Sinne der beschlossenen Gesetze aufgeglegt.

Wünsche an die Politik

Und, was wünschen sich die Gewerbetreibenden von der Politik? Ehrlichere Kommunikation und konsequenteres Verhalten. «Der Parkplatz-Such-Verkehr belastet die Umwelt und die Quartiere mehr, als wenn genügend Parkplätze vorhanden sind. Aus unserer Sicht müsste die Verkehrsmenge grundsätzlich re-

duziert werden», so Karin Städeli. Und Esther Pfister, Inhaberin der Stoffwald AG an der Uetlibergstrasse, meint: «Was es braucht, ist eine gute Lösung der Stadt zur Erschliessung der Quartiere für die Logistik – nicht aber für den täglichen individuellen Privatverkehr mit einem Auto.» Roger Riger wünscht sich, dass das Gewerbe viel mehr in Entscheidungen, die diese direkt betreffen (z.B. Parkplatzsituation), einbezogen wer-

«Der Parkplatz-Suchverkehr belastet die Umwelt und Quartiere mehr, als wenn genügend Parkplätze vorhanden wären.»

Karin Städeli
Steuerexpertin, Städeli & Partner

den. «Es müssen endlich wieder zusammen Lösungen gefunden werden und nicht gegeneinander. Schliesslich hat das Gewerbe eh schon keinen leichten Stand und ist auf die Unterstützung und auf praxisorientierte Entscheidungen der Politik angewiesen!»

INFO

Interview zum Thema

Lesen Sie online das Interview mit Markus Rupper, Architekt und Präsident des Gewerbevereins Zürich-Wiedikon. Darin sagt er unter anderem: «Die KMU Gemeinschaft ist die tragende Säule unserer Gesellschaft. Lange Zeit wurde vor allem von der Politik in der Stadt Zürich betont, dass man Gewerbe nicht mehr braucht, da ja die soliden Einkünfte von den spekulierenden Banken und grossen Konzernen kommen würden. Diese kurzsichtige Handlungsweise ist brandgefährlich – wie man aktuell wieder erfahren hat.»

Mobilität: Digitalisierung hilft dem Gewerbe nur teilweise

Kunden zu bedienen und Baustellen zu beliefern, wird für das Gewerbe in den Städten immer mehr zur Herausforderung. Die Digitalisierung vereinfacht vieles, löst die Probleme aber nicht.

Gerold Brütsch-Prévôt

Gewerbetreibende könnten sich durchaus fragen, aus welchem Grund ihre Kundinnen und Kunden nicht gleichbehandelt werden, wie diejenigen von Taxiunternehmen. Taxifahrzeugen ist es erlaubt, Busspuren zu benutzen, um ihre Kunden pünktlich ans Ziel zu bringen. Der Handwerker dagegen steht händierend im Stau, während die Kundschaft wartet und wartet. Warum dem Wirtschaftsverkehr nicht generell die gleiche Sonderbehandlung gewähren wie dem öffentlichen? Und wenn der Bund darüber nachdenkt, Busspuren für mit ab drei Personen besetzten Autos zu öffnen, so müsste das doch auch für das Gewerbe möglich sein. Intelligente Verkehrssampeln, die Fahrzeuge erkennen können, wären eine Lösung dafür.

Ein guter Mix ist wichtig

«Das wäre natürlich traumhaft, wenn unsere Servicemonteureninnen und Servicemonteure auf dem Weg zu unserer Kundschaft die Busspur benützen dürften», sagt Jan Schibli, Inhaber der Schibli-Gruppe. «Neben dem Stau ist aber eines unserer Hauptprobleme nach wie vor die fehlenden Parkplätze. Wir müssten sie auch ausserhalb der Blauen Zone nutzen können», ergänzt er. Aus dieser Not geboren ist vor rund acht Jahren die Idee, die Kundschaft wie die Post mit einem Elektrofahrzeug zu bedienen. Dieser umfährt Staus problemlos auf dem Veloweg und kann auf engstem Raum parkiert werden. Gerade für die Ausführung von Kleinaufträgen sei dies das ideale Ver-



Der «Sesmo» (Schibli Elektro Service Mobil) der Firma Kyburz.

Bild zvg

kehrsmittel. «Eine wirklich gute, kundenfreundliche Idee – und ohne Parkbusse seit acht Jahren», wie Schibli augenzwinkernd anfügt.

Umdenken gefragt

Ganz generell müssten aber die Unternehmen umdenken und sich an die neuen Gegebenheiten anpassen, ist Schibli überzeugt. Moderne Mobilität müsse heute ein guter Mix sein zwischen motorisiertem Verkehr, kleineren, elektrisch betriebenen Fahrzeugen und dem öffentlichen Verkehr – ausgerichtet auf die entsprechenden Aufträge und die Kundenbedürfnisse.

Lieferungen in der Nacht

Auch für Rolf Schlagenhauf vom gleichnamigen Maler- und Gipsergeschäft mit Standorten in und rund um Zürich ist die Mobilität ein grosses Thema. Fehlende Parkplätze und der stockende Verkehr stehen auch hier an erster Stelle. Für ihn wäre ebenfalls wichtig, dass das Parkieren auf allen Parkplätzen mit Tagespässen möglich wäre. «Wir haben gerade aktuell in einer Projektgruppe zum Thema Mobilität verschiede-

ne Massnahmen erarbeitet, die nun laufend umgesetzt werden», sagt er. Führungskräfte arbeiten ab sofort mobil standortunabhängig, damit sie auf dem Weg vom und zum Arbeitsplatz keine Zeit verlieren und schnell und flexibel die verschiedenen Baustellen erreichen können. Ausserdem wird geprüft, die Baustellen nachts zu beliefern, um dem Verkehr auszuweichen. «Unser Problem ist, wie wir mit schwerem Material auf die Baustelle kommen – dafür nützen uns veloähnliche oder kleinere Fahrzeuge nichts.» Teil des Mobilitätskonzeptes ist es auch, dass immer mehr Mitarbeitende mit dem ÖV direkt auf die Baustelle zur Arbeit fahren. Vor allem die jüngere Generation sei offen und flexibel für solche Lösungen.

Analoge Probleme lösen

Der Megatrend Digitalisierung zaubert mittelfristig keine neuen Mobilitätskonzepte für Städte aus dem Hut, die eine Entlastung für das Gewerbe bringen könnten – auch weil diese eine breite Bedürfnispalette abdecken müssen. Den KMU bleibt also nur die Möglichkeit, innerhalb der Rahmenbedingungen den räumlichen

Austausch von Personen und Gütern zu optimieren. Dafür helfen natürlich die technologische Entwicklung, die Digitalisierung und die Bereitstellung intelligenter Infrastrukturen.

So kann die virtuelle Beratung und Auftragsentgegennahme automatisiert werden – die Möglichkeit, den Inhalt schriftlicher Kundenanliegen mittels intelligenter KI-Bots automatisch zu erkennen und zu beantworten, hat auch für KMU ein riesiges Potenzial. Durch die Nutzung von GPS-Trackings und Echtzeit-Verkehrsdaten können Handwerker ihre Routen planen und sie bereits in die Auftragsplanung integriert werden. Und durch die IoT-basierte Wartung, durch die Geräte und Einzelteile mittels Sensoren automatisch melden, wenn eine Auswechslung oder eine Reparatur fällig ist, können unnötige Fahrten reduziert werden.

Noch vage am Horizont bewegen sich autonome Fahrzeuge oder Drohnen, die Handwerker aus der Luft und unabhängig von Staus unterstützen können. Drohnen werden auf dem Bau heute bereits eingesetzt. Sie können den Fortschritt des Baus überwachen, den Einsatz von Maschinen und Material dokumentieren und bei der Planung und Endkontrolle wichtige Aufgaben übernehmen. Dereinst werden sie auch Material anliefern können und – wie es die Post bereits vorgemacht hat – als ferngesteuerte Kuriere eingesetzt werden. Sie sind so eine Ergänzung zu anderen Transportmitteln, vor allem für dringende Lieferungen und an schwer zugänglichen Orten.

Letztendlich allerdings kann auch die künstliche Intelligenz den Stadtregierungen nichts entgegenzusetzen, wenn diese Parkplätze abbaut und den Langsamverkehr übermässig priorisiert. Denn bei aller Digitalisierung sind die Probleme der Handwerker derzeit noch analog: nämlich verstopfte Strassen und fehlende Parkmöglichkeiten.

Veloexperimente und eine Rad-WM, die polarisiert

Seit März ist der erste «Velo-Highway» in Zürich eröffnet. Doch auf den Strassen sorgen die Markierungen bisher eher für Verwirrung als für Entlastung. Auch die Rad-WM 2024 passt für viele Gewerbler und Anwohnern zum Seebecken wie die Faust aufs Auge.

Mark Gasser

In Zürich soll in den nächsten Jahren ein durchgehendes Netz von Velorouten entstehen. Das Netz wird über 130 Kilometer umfassen, mindestens 50 Kilometer sollen im Sinne der Volksinitiative «Sichere Velorouten für Zürich» als Velovorzugsrouten oder «Velo-Highways» gestaltet sein. Für Nicole Barandun, Präsidentin des städtischen Gewerbeverbands (GVZ), zeigt sich immer mehr: Vielen Anwohnern betroffener Quartiere war bei der Abstimmung nicht bewusst, was die Umsetzung bedeutet: dass auch viele Parkplätze dran glauben müssen.

Die Velovorzugsroute zwischen Altstetten und dem Kreis 4 war der erste fertiggestellte Abschnitt eines Prestigeprojekts der Stadt Zürich. Die Route ist rund drei Kilometer lang und führt von der Baslerstrasse bis zur Stauffacherstrasse. Je nachdem müssen Autofahrende sich neue Routen zulegen, denn die Strecke ist für Autos nicht mehr durchgehend in beide Richtungen befahrbar.

Gemäss der Velorouteninitiative sollen die Vorzugsrouten zwar mehrheitlich autofrei sein, aber der Stadtrat nimmt – so heisst es in der Vorlage – Rücksicht auf Anwohner und Gewerbetreibende. «Dieser Teil ging glatt vergessen», ärgert sich Nicole Barandun.

Neu sind entlang der ersten Streckenabschnitte an der Bullingerstrasse beidseitig grüne Streifen aufgemalt worden, um die Vorzugsroute zu signalisieren, zahlreiche Parkplätze werden dafür gestrichen. «Diese Streifen gibt es gar nicht nach Strassenverkehrsrecht», sagt Juristin Barandun. «Und niemand weiss, was sie genau bedeuten.» Bereits wenige Tage nach Aufmalen der Velo-Highways

ereignete sich beim Bullingerplatz ein schwerer Unfall mit einem schwer verletzten Velofahrer.

Problematisch ist aus Baranduns Sicht auch, dass Auto- und Velofahrer heute schon mit dem Plakatwald überfordert seien. «Ehrlich gesagt braucht es dann nicht neue Signalisationen, die niemand kennt und welche die Signalisationsverordnung gar nicht vorsieht», so Barandun.

Einsprachenflut

Kaum verwunderlich, dass diverse weitere Projekte für «Velo-Highways» – etwa jene in Höngg, in Schwamendingen und Oerlikon/Affoltern – durch Einsprachen blockiert sind. Auch die Velovorzugsroute Wollishofen–Brunau stockt, nicht zuletzt wegen der Mobilisierung der Anwohner im wenig befahrenen Quartier. Rund 480 Einsprachen sind so eingegangen, wie das städtische Tiefbauamt laut «Blick» bestätigte. Auch KGV und

«Der Ärger mit Velofahrern ist vorprogrammiert. Man bräuchte da klarere Regeln.»

Nicole Barandun
Präsidentin GVZ

GVZ haben Einsprachen koordiniert und mitfinanziert, der GVZ bekämpft unter anderem den Abbau von 104 (von 114) blauen Parkplätzen in Wollishofen, die Einführung eines Einbahnregimes, den Bau von erhöhten Fussgängerstreifen und eine neue, unpassierbare Haltestelle mit Belagsrampen.

Fürs Ein- und Ausladen von Waren gelten die grünen Streifen nicht als Verbotsschilder. Der Güterumschlag ist hier weiterhin erlaubt. «Der Ärger mit Velofahrern



Der «Velo-Highway» mit Blickrichtung Bullingerplatz ist noch zweispurig befahrbar, aber die grünen Streifen sind weder gut sichtbar noch deren Funktion ganz klar.

ist aber vorprogrammiert. Man bräuchte da klare Regeln», findet Barandun. Einer Forderung des GVZ nach mehr Güterumschlagplätzen komme die Stadt schon seit Jahren nicht nach. Sogar Besitzer einer Gewerbeparkkarte müssen für kurze Ein- oder Ausladen extra eine Tagesgebühr für 30 Franken kaufen. Güterumschlagplätze bestehen vor allem in Fussgängerzonen. In den Stadtquartieren würden sie immer mehr abgebaut. «Eine Strategie ist aus unserer Sicht nicht ersichtlich», so Barandun. «Und die Gewerbeparkkarte müsste das Parkieren auf den Güterumschlagplätzen erlauben.»

Diverse verkehrsberuhigende oder den Veloverkehr fördernde Massnahmen scheinen auch Versuchsballons zu sein: Punktuell will die Stadt nun etwa die Langstrasse tagsüber autofrei machen und die Durchfahrt und den Güterumschlag nur noch in den Seitenstrassen erlauben. «Sie sperren

die Langstrasse wegen Lärms – tagsüber. Dafür kann man sie dann in beide Richtungen befahren. Der Maurer müsste ja nachts zum Spitzen kommen», sagt Roger Suter, der für die FDP Kreis 4+5 im Zürcher Gemeinderat sitzt.

Rad-WM sorgt für Ärger

Die eigensinnige Planung und Kommunikation sowie der fehlende Einbezug des Gewerbes und der Anwohner sorgt bei Suter auch bei einem anderen Thema für Kopfschütteln – und Ohnmacht: die trotz Alternativen mitten im Zürcher Seefeld geplanten Zieleinfahrten der Rad- und Paracycling-WM 2024 in Zürich im September zeige exemplarisch, welchen Stellenwert das Gewerbe für die Stadt habe. Das Gewerbe sei vorgängig nicht über die WM-Pläne und Streckenführungen informiert worden. «Wir haben es aus den Medien erfahren», so Suter. Auch Marianne Zambotti,

Präsidentin des Bezirksgewerbeverbands Meilen, konstatiert in der Küsnachter «Dorfpost»: «Das Ausmass der Einschränkungen hat sich erst nach der Vorstellung des Verkehrskonzepts gezeigt.» Die Sperrung der Hauptschlagader Seestrasse treffe gerade die unteren Gemeinden am See hart.

Nebst einem Perimeter, in den man tagsüber gar nicht hineingelangt, was vielen Geschäften zusetzen wird, erwarten Barandun und Suter auch sonst, dass der Verkehr über weite Strecken praktisch zum Erliegen kommt. Betroffen sind KMU im Seefeld, teilweise in Hottingen – aber vor allem in Wi-

tikon. Denn der Verkehr während der Rad-WM soll weitgehend über die Witikonstrasse zur Forchstrasse geführt werden. Derweil werden die meisten Seitenstrassen in Witikon gesperrt sein. «Ich werde mit Fahrzeug gar nicht in meine Werkstatt gelangen», sagt Suter, der in Witikon ein Malergeschäft führt. Seine Mitarbeiter, die etwa aus Horgen, Dietlikon oder Mönchaldorf kommen, könnten dann nicht mal Jalousieläden spritzen. «Wir Handwerker erleben während der Rad-WM einen Lockdown.» Suter verordnet daher mehrere Tage Ferien. Gemeinsam mit Susanne Brunner, Präsidentin

des Gewerbeverbands Seefeld, hat er im Februar eine Dringliche Anfrage an den Stadtrat mit 55 Mitunterzeichnenden eingereicht.

Zwangferien unumgänglich

Auf die Frage an den Stadtrat, ob der erzwungene Arbeitsausfall während der WM durch Kurzarbeitsentschädigung kompensiert werden könnte, meinte die Stadtregierung sinngemäss: Man hat nun anderthalb Jahre Zeit, sich vorzubereiten, Unterstützung vom Staat ist keine zu erwarten. «Auf gut Deutsch: Wir sollen Überstunden machen und diese dann einziehen», so Suter konsterniert. Die Vollsperrung in Witikon dauert fünf Tage, inklusive eines Wochenendes. «Das tangiert daher vor allem den Detailhandel und Restaurants in der Umgebung». Ausnahme: abends ab 19 Uhr bis morgens um 5 Uhr. Zwei zusätzliche Buslinien für Witikon sollen die wegfallenden Zufahrtsmöglichkeiten auffangen. Weiter räumt die Stadtregierung zwar Unannehmlichkeiten für Anwohner und «erhebliche Einschränkungen» für Bevölkerung und Gewerbe im Gebiet Ost und vor allem Witikon ein, ohne jedoch die Wahl des Seebeckens als Zielgelände aus mehreren Alternativen zu begründen.

Allein das Gewerbe hat rund 60 Einsprachen gegen die WM-Pläne gemacht, aus Witikon waren es 30 (inklusive Anwohner). Handwerksbetriebe, Spitex, aber auch das Kinderspital in der Nähe des Hottingerplatzes und die Hirslandenklinik beim Balgrist wehren sich. Denn ausser bei dringlichen Notfahrten – und

«Wir Handwerker erleben während der Rad-WM 2024 einen Lockdown.»

Roger Suter
Malermeister und FDP-Gemeinderat

dazu gehören private Arztbesuche nicht – sind keine Überquerungen der Rennstrecken möglich.

«Ich habe nichts gegen die Rad-WM: Das generiert Umsatz und Übernachtungen. Aber die Umsetzung ist gewerbeunfreundlich», sagt Suter. Immerhin: Die Stadt hat nun Mitsprache-Veranstaltungen durch die Dienstabteilung Verkehr aufgegleist. Am 20. April wird ein runder Tisch zwischen Stadtvertretern, Verbänden, und Spitälern stattfinden. Barandun und Suter hoffen, dass die Stadtregierung bei der Streckenführung über die Bücher gehen wird.



Roger Suter an der Witikonstrasse – die Hauptschlagader für den motorisierten Verkehr während der Rad-WM 2024

Bilder M. Gasser

Anzeige

60-Jahre-Jubiläum... 1959 bis 2019

BLACHO-TEX AG

Zeltvermietung & Zeltverkauf inkl. Festzubehör | Schutzhüllen & Blachen | Blachen-Seitenwände | Schwimmbad-Abdeckungen
Pavillon-Dachblachen nach Mass | Bootsblachen | Blachen-Verdecke für Lieferwagen und Anhänger | Blachen-Vorhänge inkl. Vorhangzubehör

www.blacho-tex.ch - Tel. 056 624 15 55

«Würde alles genau gleich machen»

In Zürich sind Pianobars und deren Protagonisten wie Borislava Chichkova (oder Bella C.), die auch singt, selten geworden. Wer die Karriere wählt, muss heute mehr Opfer bringen – und sehr mobil sein. Während ihrer Essenspause erzählte die Wahlwinterthurerin von der Zeitenwende in ihrer Branche. Und vom Leben als Barpianistin.

Interview

Mark Gasser

Wir bewundern die Stars, jene, die in Konzertsälen als Solisten auftreten oder in bekannten Orchestern oder Bands spielen. Aber wer sich in Bars, an Partys und in Hotelhallen verdingt, wird als Künstler weniger wahrgenommen. Stört Sie das?

Bella C.: Nein, denn der Beweggrund für mich ist, die Menschen glücklich zu machen. Ich habe mir langsam und mit grosser Geduld einen Namen aufgebaut. Als junges Mädchen mit 20 merkte ich gar nicht, wie ernst mich die Menschen nahmen. Ich kam, um Spass zu haben – aber plötzlich sah ich, dass es sich auszahlt, die Lieder, Gäste und deren Stimmungen ebenfalls sehr ernst zu nehmen. Ein Schneeballeffekt: Man gibt und kriegt es wieder zurück.

Als singende Pianistin und Kleinunternehmerin müssen Sie mobil und flexibel sein. Wie wurden Sie zur Nomadin der Barmusik?

Bella C.: Damals, vor 30 Jahren, habe ich eine klassische Ausbildung auf dem Klavier absolviert. Ich dachte immer, dass ich klassische Konzerte geben würde. Aber dass ich so viel unterwegs sein würde und manchmal innert drei Tagen in drei Ländern, dass ich so viel vom Leben und der Welt sehen würde, hatte ich nicht erwartet. Es ist spannend, aber auch eine grosse Herausforderung.

Wie kam es denn zum Bruch mit der Klassik und welches waren Ihre ersten Auftritte?

Bella C.: Interessanterweise hatten die Schlüsselmomente meiner Karriere mit schwangeren Frauen zu tun. Als Teenager in der Schule übernahm ich für meine schwangere Pianolehrerin deren Rolle in einem Theaterstück mit bekannten bulgarischen Schauspielern. So



Die Pianistin und ihr Arbeitsgerät: In der «Central 1»-Bar vor dem Auftritt.

ging ich ein Jahr lang mit dem Theater auf Tour. Die zweite Situation war, als mich eine Freundin aus Zypern anrief und sagte, die Violinistin sei schwanger. Ich sprang da 1993 als Pianistin ein, und statt drei Monaten blieb ich dann drei Jahre. Zunächst begann ich solo auch mit Klassik, dann sagte mir jemand: «Du hast eine gute Stimme – sing mal was Populäres.» Und so entwickelte ich meinen Stil mit meinen mittlerweile fast tausend geworden.

Vertieften Sie sich wegen der Aufträge in populäre Stilrichtungen?

Bella C.: Nicht wirklich. Ich lerne nie Songs, die ich nicht mag. Ich suche immer positive Songs, etwas, das die Stimmung hebt. Eine gute Melodie ist eine, die den Menschen im Kopf bleibt – und im Herzen. Pop hat mich auch immer fasziniert. Nach meiner Klassik-Ausbildung merkte ich: Es ist schwierig, mit klassischer Musik die Rechnungen zu zahlen. Und ich durfte so viele Städte kennen lernen, mich all diese Jahre entwickeln – musikalisch und als Mensch –, dass ich alles wieder genau gleich machen würde.

In Ihrer Branche gibt es nicht viele Frauen – warum nicht?

Bella C.: Es ist kein einfacher Beruf, er braucht viel Kraft, Disziplin, Kompromisse mit sich selber. Ich habe keine Familie, Räume meinem Beruf absolute Priorität ein. Das geht auf Kosten von Freunden und von Privatleben. Ich gehe um 3, 4 Uhr morgens zu Bett und stehe um 10 oder 11 Uhr auf. Viele haben eine grosse Liebe im Leben. Meine grösste Liebe ist die Musik. Und wir haben uns wie in einer Ehe ewige Treue versprochen.

Und diese Beziehung schläft nie ein mit den Jahren? Etwa dann, wenn Sie dasselbe Lied an einem Abend dreimal spielen müssen?

Bella C.: Nein, und das ist meine

«Ich merkte: Es ist schwierig, mit klassischer Musik die Rechnungen zu zahlen.»

Bella C.
Pianistin und Sängerin, Winterthur

eigene bewusste Entscheidung, nicht eine Folge von Enttäuschungen im Leben. Die Musik ist ein Ort, an dem ich mich glücklich fühle – sei das auf der Bühne, an der Bar, egal: Dieser Zauber beginnt, wenn ich meine Hände am Piano habe und zu singen und spielen beginne.

Abend für Abend rasen Ihre Finger über die Tasten. Dieses «Handwerk» nehmen die Gäste aber kaum wahr. Freilich sind Ihre Finger Ihre Lebensversicherung. Wie trainieren Sie diese?

Bella C.: Ich trainiere schon und versuche sie, wie auch meinen Körper und meine Stimme als weiteres «Investment», zu schonen.

Anfang März, als ich erstmals seit 20 Jahren meine Stimme wegen einer Erkältung verlor, merkte ich, wie abhängig ich von der Stimme bin. Aber zum Glück habe ich noch meine Hände – und habe trotzdem gearbeitet. Das zeigt: Es ist

ein interessanter, manchmal aber auch undankbarer Beruf.

Werden Sie also unterschätzt?

Bella C.: Ich habe schon so oft gehört: «Dein Job ist so einfach, am Piano sitzen und gut aussehen, das muss easy sein.» Niemand versteht, wie viele Stunden, Tage, Monate, Jahre Arbeit und klassische Ausbildung dahinterstecken. Und wer sechs Monate von der Bildfläche verschwindet, den kennt niemand mehr. Vor drei Monaten habe ich daher eine Selbstvermarktungs-Aktion gestartet: Ich habe über hundert Telefonanrufe getätigt, um mich zu präsentieren. Denn sonst vergessen einen die Auftraggeber.

Ihr Lieblingsauftritt?

Bella C.: Die Schweizer Vorausscheidung für den Eurovision Song Contest 2016 war unvergesslich. Ich habe nichts erwartet, bin dann Zweite geworden. Das Publikum hatte für mich gevotet, aber die Jury entschied sich, der Kanadierin Rykka den Vorzug zu geben – vielleicht in der Hoffnung, dass sie an den Erfolg von Céline Dion 1988 anknüpfen würde.

Ist es schwierig, die Menschen zu besingen, wenn sie einem kaum Beachtung schenken?

Bella C.: Nachdem ich in einer englischen Kolonie in Zypern mit sehr lebendigem Publikum gelebt hatte, bereitete mir das Schweizer Publikum anfänglich Mühe. Hier kam kaum eine Reaktion. Ich zweifelte an mir: Vielleicht war ich nicht gut genug, zu laut, spiele die falschen Songs? Ich merkte aber irgendwann, dass das einfach eine andere Mentalität ist. Viele Kollegen sind beleidigt, wenn sie keinen Applaus erhalten. Sie sagen: Es ist mir zu langweilig in der Schweiz. Was sie aber meinen ist: Die Leute klatschen nicht für meine Musik. Schweizer sind nicht langweilig, sie reagieren einfach anders, als es Musiker erwarten.

Pianobars sind ein Sehnsuchtsort. Wie berühren Sie die Menschen?

Bella C.: Es geht um Adaptation. Stellen Sie sich ein Ei vor, das man anklopft, um herauszufinden, wo es knackst: Ich experimentiere mit verschiedenen Stilen, bei älteren

Gästen spiele ich Elvis, bei jüngeren vielleicht Miley Cyrus. Es braucht einen «Catch», danach kann man mit den Menschen arbeiten. Ein interessanter Prozess. Aber jeder Tag ist eine Überraschung: Man weiss nie genau, was funktionieren wird.

Live-Barpianisten scheinen nicht mehr so oft gefragt zu sein. Täuscht dieser Eindruck?

Bella C.: Nein, denn unsere Branche ist am Aussterben. Geht es so

«Viele Musiker sind beleidigt, wenn sie keinen Applaus erhalten.»

Bella C.
Pianistin und Sängerin, Winterthur

weiter, wird der Beruf in 25 Jahren ausgelöscht sein: Vermehrt besetzen DJs unsere Locations – buchstäblich: Oft werden Piano-Standorte durch DJ-Pulte ersetzt. Eine Schuhverkäuferin kann am Abend dank ihrer Playliste auf dem USB-Stick DJ sein. Das ist auch günstig: Sie sind wie eine Jukebox und müssen nichts lernen.

Wird denn Live-Musik nicht geschätzt?

Bella C.: Das Problem ist, dass das Publikum keine musikalische Kultur mehr hat. Und wenn 20-Jährige in eine Bar mit Live-Musik kommen, schauen sie mich mit überraschtem Blick an, als wäre ein Ufo gelandet. Ausserdem bestätigen mir auch Berufskollegen, dass die Gagen seit 25 Jahren nicht gestiegen sind. Junge Hotelmanager wissen oft gar nicht, dass bei Live-Musik nach 45 Minuten 15 Minuten Pause gesetzlich vorgeschrieben sind. Unser Beruf wird falsch eingeschätzt. Auch ich arbeite jetzt mehr und verdiene weniger als früher. Heute kannst du es dir nicht leisten, krank, schwach oder faul zu werden.

Aber hier in der Central Bar kriegen Sie ja Trinkgeld?

Bella C.: Ja, aber nur hier. Ich spiele ausserdem im Dolder oder demnächst wieder im George Bar und Grill in Zürich, früher auch im Casino. Bei Ersterem gibt es aktuell aber nur freitags Piano-musik, an anderen Tagen legen

DJs auf. Ich hoffe, dieser Trend wird bald wieder rückläufig. Gestern kam übrigens auch eine nette junge Frau in die Bar, wollte alles über mein Equipment, meine Auftritte und mein Repertoire wissen. Ich erzählte ihr nicht, dass die Branche ein sinkendes Schiff ist – ich wollte ihr nicht die Stimmung ruinieren.

Wie schaffen Sie es, eine gesunde Lebensweise zu bewahren?

Bella C.: Dazu gehört grosse Disziplin – seit Jahren trinke ich keinen Tropfen Alkohol und ich rauche nicht. Ich bewege mich viel, trainiere Pilates und Yoga – alles, was meinen Rücken stärkt. Und ich sage immer: Die Menschen hören Musik mit dem Auge. Wenn man gut aussieht, ist das ein grosser Bonus. Dann sagen alle: Du singst gut. Aber dafür muss ich viel anderes opfern.

Wenn Pianisten weniger gefragt sind – wie sieht denn die Zukunft der angehenden Musikerinnen und Musiker aus?

Bella C.: Sie finden sicher ihren Weg. Junge sind kreativ, sie machen etwas Digitales, vielleicht in der Werbung. Aber ich bin zwischen zwei Generationen: Diese digitale Entwicklung hat so schnell stattgefunden und viele überrumpelt. Ich selber habe mir überlegt, ein «PJ» zu werden: Piano-DJ, ein von mir selber entwickelter Begriff. Bei Auftritten wechsele ich die Rolle zur DJane, die aber Live-Pianomusik in die Tracks einbaut. Es gibt DJs mit Saxofon, die das auch schon gemacht haben.

Sie haben auch einen Youtube-Kanal. Ist es heute wichtig, auch digital präsent zu sein?

Bella C.: Das ist wichtig, aber ich bin nicht gut darin – und ich habe wenig Zeit: Ich bin eine One-Woman-Band, meine eigene Managerin, Promoterin, transportiere meine eigenen Instrumente. Ein 16-jähriger Bulgare hilft mir aber mit der digitalen Produktion und Distribution meiner Videos.

Sie sind sehr leutselig. Macht es trotzdem etwas einsam, mit Playback statt in einer Formation spielen zu müssen?

Bella C.: Gar nicht. Wenn ich am Piano bin und niemand klatscht,

fühle ich mich nie einsam, traurig oder bedrückt. Das ganze Leben spiele ich bereits allein. In einer Formation zu spielen, irritiert mich viel mehr, die Playbacks sind hingegen koordiniert und fixfertig. Ich habe ein gutes Live-System entwickelt, wie ich finde.

Wie viele Auftritte haben Sie?

Bella C.: Früher waren es rund 250 jährlich, mittlerweile sind es rund 150. Ich kann den ganzen Tag müde sein, aber sobald ich hier sitze, verschwinden die Müdigkeit, die Rückenschmerzen, die schlechte Stimmung.

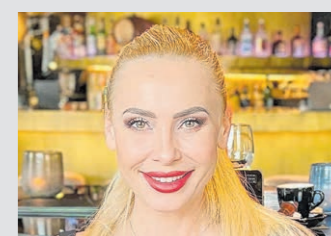
Hatten Sie auch lästige Gäste?

Bella C.: Fast nie, jedenfalls nicht in der Schweiz. In Schweden, wo ich in Stockholm und Kiruna im Norden spielte, begleitete mich jeweils ein Bodyguard. Die Männer trinken viel, verlieren die Kontrolle und wollen einen küssen und berühren. Einmal hat mir einer einen Klaps auf den Po gegeben. Ich gab ihm eine Ohrfeige – er kam fünf Minuten später mit 1500 Kronen zurück, das waren 150 Franken. Anscheinend muss man dort die Männer schlagen, um zu Trinkgeld zu kommen (lacht).

Sie haben erstmals eigene Songs auf Bulgarisch veröffentlicht während Corona. Wie kam es dazu?

Bella C.: Corona war ein gutes Moment, weil ich das erste Mal längere Zeit nach Hause zurückkehrte. Ich schrieb Gedichte, aus denen dann 40 Lieder wurden. Jetzt bin ich in Bulgarien nominiert als Künstlerin mit dem Album des Jahres. ■

ZUR PERSON



Bella C.

Seit 20 Jahren lebt die 45-jährige Borislava Chichkova mit Künstlernamen Bella C. in Winterthur. Ihre klassische Klavier- und Gesangsausbildung absolvierte sie in Yambol (Bulgarien) an der Akademie für Musik und Tanz.

Ärger über Urheberrechtsgebühren

Wer Musik ausserhalb des privaten Rahmens nutzt, benötigt eine entsprechende Lizenz und wird automatisch Kunde der SUISA. Ein Gartenbauer aus Effretikon wollte die Rechnung wegen fix eingebauter Autoradios nicht zahlen – und forderte die SUISA heraus.

Mark Gasser

Das Vorgehen bei der Erhebung von Urheberrechtsgebühren ist manchmal ein undurchsichtiger Dschungel. Grundsätzlich gilt aus Sicht von Arbeitgebern: Wenn jemand Musik hört und andere Mitarbeitende in den Musikgenuss kommen, werden Gebühren fällig. Und zwar fürs Unternehmen.

Ein Gartenbauunternehmen aus Effretikon meldete sich kürzlich beim KGV mit einer Rechnung für Urheberrecht: Die SUISA, welche schweizweit die Urheberrechte von Musikschaffenden und Verlegern vertritt, stellte ihm eine saftige Rechnung fürs Jahr 2021 über Fr. 482.55 aus. Stein des Anstosses waren aber in diesem Fall insbesondere die Gebühren für fest eingebaute Autoradios in Firmenfahrzeugen. Der Unternehmer Roland Steinmann von «Die Gartenprofis» meinte nach einem Anruf bei der SUISA resigniert: «Wenn wir die Autoradios ausbauen und die Werkstatt das schriftlich bestätigt, müssen wir die Rechnung nicht bezahlen, hiess es seitens der SUISA.» Dumm nur, dass bei seinen Transportern die Autoradios fest installiert sind. Daher schlug Steinmann vor, die Radios mit eigens dafür angefertigten Klebern abzudecken. Besonders an einem Punkt stiess sich Steinmann: an der Frage nach der Beschallung Dritter, im Fachjargon «Wahrnehmbarmachung», und ob diese im Firmenauto gegeben ist: «Als Gartenbauer transportieren wir keinen Kunden – warum muss ich dann trotzdem zahlen?» Bald fand er heraus, dass die Antwort darauf gar nicht so einfach ist.

Zwar wurde bereits mit dem Systemwechsel von der Bundes-Inkassostelle Billag zur SERAFE AG die Rechnung für die Urheberrechte via SUISA ab 2019 herausgelöst. Doch erst die fürs Jahr 2021 ausgestellte Rechnung brachte für den Chef des kleinen Gartenpflege-Betriebs das Fass zum Überlaufen: Steinmann in-



Solche Kleber liess Gartenbauunternehmer Roland Steinmann herstellen – dennoch muss er Gebühren zahlen. Bild: zvg

tervenierte nach besagter Rückmeldung durch die SUISA abermals und beanstandete die Rechnung zum «Aufführungsrecht» mit vier Positionen (wovon je zwei die Audio-Nutzung und die audiovisuelle Nutzung betrafen).

Unter Vorbehalt einer späteren, klärenden Rechtssprechung zum Thema Audio-Nutzung wurde ihm der Rechnungsbetrag der SUISA

«Als Gartenbauer transportieren wir keine Kunden – warum muss ich dann trotzdem für die Nutzung von fest eingebauten Autoradios zahlen?»

Roland Steinmann

Geschäftsführer «Die Gartenprofis», Effretikon

mehr als halbiert: Die audiovisuelle Nutzung wurde gestrichen, neu betrug die gestutzte Rechnung Fr. 227.20. Auch das scheint ihm aber viel Geld zu sein.

Steinmanns Ehrgeiz war geweckt: Er meldete sich sogar bei der SUISA selber als Mitglied an und gab sich als Künstler aus – nicht ohne Grund, schliesslich produziert er selber auch Videos

und Musik. Die Lizenz, um Geld für Urheberrechte zu beziehen, wird alle 5 Jahre neu verteilt und die entsprechenden Gebühren von den Nutzern – Verbänden, welche die Künstler und Verlage vertreten – bestimmt.

Er hofft nun, dass weitere Unternehmen die Gebühren bekämpfen. Und dass es zu Präzedenzfällen kommt. Im Diskussionsforum

(natürlich auch bei Grossfirmen, Schulen, Haftanstalten usw.)»

Tantiemen für jeden Song

Die SUISA (von SUISSse Auteurs) ist eine sogenannte Verwertungsgesellschaft und vertritt als Genossenschaft in der Schweiz die Künstler im Musikbereich in Sachen Nutzungsrechte und Entschädigungen. Sie wird vom Institut für geistiges Eigentum (IGE) beaufsichtigt. Grundsätzlich besteht die Aufgabe der SUISA darin, bei den Audio-Medien (Radio, TV), bei Veranstaltern, Orchestern und Plattenfirmen (zum Beispiel bei Compilation-CDs) Geld für die Verwendung oder Aufführung von Musik zu verlangen. Diese sogenannten Tantiemen werden dann aufs Konto der Musikschaffenden überwiesen respektive an diejenigen, welche die Besitzrechte an den Songs haben – die sogenannten Urheber. Einen Teil davon erhalten die Verleger – also das Label, das den Song herausgibt.

Jedes Mal, wenn also ein Song am Radio oder auf einem Live-Konzert gespielt wird, erhält der

oder die Urheberin dafür eine Entschädigung. Wer wie viel erhält, ist im sogenannten Verteilungsreglement (seit 1.1.2023 neu) festgelegt. Demnach wird etwa die Höhe beziehungsweise der Faktor nach Dauer eines Beitrags, nach Medium, Format und «Verteilungsklasse» gewichtet: So gehören etwa Jodelchöre nicht in dieselbe Klasse wie Blasmusiken, Tambourengruppen oder kirchliche Aufführungen.

In diesen Wochen erhalten daher viele Unternehmen Rechnungen oder die Aufforderung, sich bei der SUISA anzumelden. Das Geld aus dem sogenannten Gemeinsamen Tarif 3a (GT3a), das die SUISA erhebt, geht in einen Topf und wird an die Musikschaffenden und Komponisten zurückverteilt. Der GT3a betrifft «Hintergrundmusik» aller Art – nicht nur im Radio, sondern auch in der Telefonschleife, in der Werkstatt, im Auto etc. oder in Fernsehsendungen wie z.B. Fussballspielen oder Serien. Überall dort, wo Musik abgespielt wird und es sich dabei nicht um einen privaten Rahmen handelt, wird man abgabepflichtig. Betroffenen sind unter den KMU vor allem Geschäfte wie Friseursalons, Geschäfte des Detailhandels, aber auch Restaurants, Hotelräume, Spitäler, Ferienwohnungen oder das Schaustellergewerbe und vieles mehr.

«Eine Firma hat in der Regel immer eine öffentliche Nutzung, ausser beispielsweise wenn ein Treuhänder bei sich zu Hause im Rahmen seiner Einzelfirma im Privathaushalt Musik hört», erklärt Dieter Kläy, zuständig für Wirtschaftsrecht beim Schweizer-

rischen Gewerbeverband (sgv). «Bei den Firmen wird aber nur schon mit der Empfangsmöglichkeit eines Radios im Auto, das aufs Geschäft eingelöst ist, die SUISA-Abgabe zu bezahlen sein.»

Der Tarif GT3a ist immer wieder mal Gegenstand von gerichtlichen Auseinandersetzungen gewesen. 2019 hat das Bundesverwaltungsgericht die Höhe des aktuell geltenden GT 3a geschützt.

«Wahrnehmbarmachen»

Irritierend ist beim Thema Autoradios in Geschäftsfahrzeugen, dass sogar gemäss einem Bundesratsbericht als Antwort auf ein Postulat aus dem Jahr 2021 hier die neue GT 3a unklar ist und folglich Interpretationsspielraum zulässt. Einzig beim Europäischen Gerichtshof wurde in einer ähnlichen Frage unlängst ein wegweisendes Gerichtsurteil gefällt – zugunsten der Fahrzeugbesitzer. Während dieses hier nicht gilt,

könnten aber Schweizer Gerichte gemäss dem Bericht «eine urheberrechtliche Vergütungspflicht bei Autoradios ebenfalls verneinen», befand der Bundesrat – zumal die Rechtslage vergleichbar sei. Und der sgv bezeichnete im besagten Bundesratsbericht die «Abgabepflicht für Autoradios»

«Nur schon mit der Empfangsmöglichkeit eines Radios im Auto, das aufs Geschäft eingelöst ist, ist die SUISA-Abgabe zu bezahlen.»

Dieter Kläy

Ressortleiter Wirtschaftsrecht sgv

als «wesensfremd». Das Musikhören im Auto stelle keinen Gebrauch von Inhalten in der Öffentlichkeit dar und auch ein Unterschied zur Nutzniessung im privaten Haus-

halt sei nicht ersichtlich. Nur: Bislang kam es in der Schweiz noch zu keinem Urteil, das zur abschliessenden Klärung dieser Frage geführt hätte – ebensowenig wie zur Frage etwa des «Musikhörens in Gemeinschaftsbüros».

Mit Blick auf die bestehenden Abgrenzungsschwierigkeiten zwischen einem Wahrnehmbarmachen durch das Unternehmen selbst und einem erlaubten Privatgebrauch schlägt der Bericht vor, die gesetzliche Terminologie des Wahrnehmbarmachens durch einen klareren, im Alltag verständlicheren Begriff zu ersetzen. Das Wahrnehmbarmachen müsse über die blosser Empfangsmöglichkeit hinausgehen.

Und auf ein solches Urteil hofft Roland Steinmann insgeheim. «Die SUISA hat einen Auftrag, dieser besteht jedoch nicht nur aus einkassieren. Der Bundesratsbericht sollte doch ein wenig beachtet werden», findet er.

GIBT ES AKTUELL SPIELRAUM FÜR GEBÜHREN BEI AUTORADIOS?

Dieter Kläy (sgv) nimmt zu Roland Steinmanns Vorbehalten wie folgt Stellung:

- Die Auskunft von SUISA ist korrekt. Wenn das Auto auf die Firma eingelöst ist und sich das Radio nicht ausbauen lässt (was bei vielen Fahrzeugen der Fall ist), lässt sich die Gebühr nicht umgehen. Ausnahme: Die einzige Möglichkeit, den Tarif nicht zu entrichten, wäre das private Einlösen der Fahrzeuge.
- Setzen die Mitarbeiter private Geräte auf der Baustelle oder in der Firma (Werkstatt) ein, ist die Abgabe ebenso geschuldet.

Arbeitgeber haben aber die Möglichkeit, den Musikkonsum am Arbeitsplatz zu verbieten.

- Der Beitrag an die Suisa ist nur dann nicht geschuldet, wenn gar keine Empfangsgeräte vorhanden sind. Das muss jede Firma selbst beurteilen und deklarieren
- Der sgv war Verhandlungspartner für den GT3a. Zum GT3a gibt es mehrere Bundesgerichtsentscheide, die in der Regel die Verwertungsgesell-

schaft stützten: Unter anderem scheiterte die Hotelbranche, statt der gebührenpflichtigen «Wahrnehmbarmachung» von Werken in den Hotelzimmern diese als «Weitersendung» auszulegen. Auch eine Parlamentarische Initiative im Nationalrat aus dem Jahr 2016 «Keine Vergütung für die Verwendung in privaten Räumlichkeiten von Hotels, Ferienwohnungen, Spitälern und Gefängnissen» scheiterte mit dem Nein des Ständerats 2022.

Anzeige

bachmann printservice gmbh
SWISS LABEL zertifiziert

**Medien- und Printprodukte:
Herzlich willkommen, wir sind für Sie da!**

bachmann printservice gmbh
Samuel Bachmann
Inhaber / Geschäftsführer

Hölzliwisenstrasse 5 • 8604 Volketswil • Tel. 044 796 14 44
info@bps.zuerich • www.bps.zuerich

Anzeige

ALPAKA AUSLIKON 30. AUGUST BIS 3. SEPTEMBER 2023

FENSEE PTEN WETZIKON

**Letzte Gelegenheit:
Sichern Sie sich jetzt
Ihren Standplatz**
zom-messe.ch/messeteilnahme

ZOM
züri Oberland Mäss

KYBURG
MASC
ILBAUER
SAURIER

«Wir haben eine Lotterie-Mehrheit»

Nach den Wahlen ist vor den Wahlen: Interview mit den beiden kantonalzürcher Parteipräsidenten von SVP und FDP zu ihren Erwartungen im Wahlherbst, zur Schwächung der Klimaallianz im Kantonsrat und dem – immer wieder strapazierten – Teamwork zwischen den beiden bürgerlichen Parteien.

Interview

Mark Gasser

Die kantonalen Wahlen sind vorbei. Welche Bilanz ziehen Sie aus Sicht Ihrer Partei?

Hans-Jakob Boesch (FDP): Eine gewisse Ernüchterung ist schon da bei der FDP. Wir konnten zwar zusätzliche Wählerinnen und Wähler mobilisieren, legten aber beim Wähleranteil nur leicht zu und holten leider keine zusätzlichen Sitze. Die Umfragen hatten ein besseres Resultat verheissen, die Umfrageinstitute lagen aber mit ihren Prognosen völlig daneben. Positiv war für uns, dass wir die Grünliberalen auf Distanz halten konnten. Wir konnten von ihnen auch Stimmen zurückholen. Der Übertritt von Isabel Garcia in die FDP unterstreicht diesen Trend, den wir dank unserer klaren Positionierung auslösen konnten.

Domenik Ledergerber (SVP): Auch wir hatten uns, basierend auf Umfragen, mehr erhofft. Unser primäres Ziel war aber, den Turnaround zu schaffen – und das taten wir. Dennoch war nach Verlust von 9 Sitzen 2019 mit einem einzigen Sitzgewinn 2023 ernüchternd. Auch die bürgerliche Mehrheit haben wir verfehlt. Positiv zu erwähnen ist, dass wir in den Agglomerationen zulegen. Das heisst, dass wir nicht alles falsch machen. In den Städten schaffen wir das noch nicht, daran müssen wir arbeiten.

Wie sehen die nächsten vier Jahre unter der «Pattsituation» zwischen Klimaallianz und Bürgerlichen im Kantonsrat aus?

Boesch: Für mich ist weniger der Sitzgewinn zentral, sondern vielmehr die Symbolik dahinter. Der Übertritt zeigt, dass die GLP ganz klar eine linke Partei ist und dass liberal denkende Menschen dort keine Heimat mehr haben. Gleichzeitig beweist es, dass die FDP sich eine Glaubwürdigkeit in der liberalen Klima- und Umweltpoli-



FDP-Parteipräsident Boesch (l.) und SVP-Präsident Ledergerber. Bild M.G.

itik aufbauen konnte. Diesen erfolgreichen Weg müssen wir nun konsequent weiterverfolgen.

Können die bürgerlichen Parteien auf Ebene Kanton also auch aus Gewerbesicht mehr Durchschlagskraft entwickeln?

Ledergerber: Man merkt schon – etwa in den Beratungen – dass zumindest psychologisch eine Verschiebung hin zu einer bürgerlicheren Politik stattgefunden hat. Man kann in Verhandlungen dominanter auftreten, denn wenn FDP, SVP und Die Mitte zusammenhalten, haben wir eine «Lotterie-Mehrheit». Kompromisse werden wichtiger sein, somit auch Verhandlungstaktik. Aber wenn wir sichergehen wollten, bräuchten wir auch Stimmen von der GLP oder anderen Parteien. In Finanz- oder Bildungsfragen ist das wohl realistischer als in anderen Bereichen. Gerade in Verkehrsfragen – wie bei der Mobilitätsinitia-

tive und beim Thema Flughafen und Pistenverlängerung – werden die Bürgerlichen gut zusammenarbeiten müssen.

Boesch: Da die Mehrheitsverhältnisse sehr knapp sind, werden beide Seiten gut daran tun, nicht zu überborden. In grossen Fragen wird es sich lohnen, wenn möglich sattsame Mehrheiten zu schaffen – ansonsten droht das Referendum. Schon in den letzten vier Jahren mussten viele Verhandlungen geführt werden, um Mehrheiten zu schaffen. So schafften wir es, trotz rot-grüner Mehrheit immer wieder, Teilerfolge zu erreichen wie etwa in der Finanzpolitik. Neu werden wir etwas mehr Gewicht in solchen Verhandlungen haben und so noch stärker bürgerliche, wirtschaftsfreundliche Themen und Entscheide herbeiführen können.

Wie wird es Niederlagen absetzen?

Ledergerber: Bei Themen, bei denen etwa Exponenten von Die

Mitte die Gegenseite unterstützen – wie der Kantonalen Volksinitiative «Mehr bezahlbare Wohnungen im Kanton Zürich», wo Gemeinden ein Vorkaufsrecht für Grundstücksverkäufe haben sollen. Auch in Energie- und Familienfragen sind wir nicht immer gleicher Meinung wie die FDP oder Die Mitte.

Wird die von Ihnen gelobte Zusammenarbeit im Kanton Zürich in einer gemeinsamen Listenverbindung für die Nationalratswahlen vom 22. Oktober münden?

«In der letzten Legislatur hat sich wohl eine gewisse Resignation breitgemacht.»

Domenik Ledergerber
Präsident SVP Kanton Zürich

Ledergerber: Die Zusammenarbeit gerade in der Finanzpolitik ist gut. Daher würde ich gern das Signal auch nach Bundesbern senden, dass die bürgerlichen Parteien vermehrt zusammenarbeiten sollten. Aber auch wenn wir eine Listenverbindung eingehen würden, wird es wieder Scharmützel geben – das gehört einfach dazu. Es gibt immer Fragen, bei denen wir uns unterschiedlich positionieren – sonst könnten wir ja gleich fusionieren.

Boesch: Auch ich wünschte mir auf Bundesebene eine bessere Zusammenarbeit, analog wie wir sie auf kantonaler Ebene haben. Der grosse Unterschied zur nationalen Ebene ist, dass die Fragen wie EU, Zuwanderung und Neutralität, bei denen FDP und SVP unterschiedlicher Meinung sind, auf kantonaler Ebene kaum ein Thema sind. Die Frage, ob es eine Zusammenarbeit bei Stände- und Nationalratswahlen gibt, müssen wir jetzt «ausjassen». Wir sind aber in Gesprächen, und für mich ist klar, dass es nur unter den drei bürger-

lichen Parteien eine Listenverbindung geben kann. Linksgrün – und dazu zählt auch die GLP – ist für uns ausgeschlossen.

Der FDP-Sitz im Ständerat mit Regine Sauter als Neue ist nicht gesichert, und jetzt ist der Fall der Credit Suisse in aller Munde – dieser schade der FDP am meisten. Wird das kalte Kaffee sein bis zu den Wahlen?

Boesch: Das werden wir sehen, welches Thema dann dominiert. Am Schluss entscheiden die Stimmberechtigten in dem Moment, in dem sie die Wahlunterlagen erhalten. Und wir nehmen die Kandidatur von Regine Sauter sehr ernst. Wenn die Bürgerlichen zusammenhalten, werden wir den FDP-Sitz verteidigen können.

Ledergerber: Es kommt natürlich auch etwas drauf an, was Die Mitte tut: Wenn sie mit der GLP eine Listenverbindung eingeht, kann sich die Ausgangslage plötzlich ändern. Aber grundsätzlich bin ich Deiner Meinung: Eine Aktualität, ein Skandal kann alles wieder ändern kurz vor den Wahlen. Auch wenn die SVP nicht so stark im Fokus steht beim Fall der CS: Es ist wichtig, dass auch wir für den Finanzplatz Schweiz eintreten und uns gegenseitig den Rücken stärken.

A propos: Die SVP fordert in einem Vorstoss, dass bei systemrelevanten Unternehmen die Mehrheit des Verwaltungsrates und das Stimmrecht der Aktionäre in Schweizer Hand sein müssen.

Ledergerber: Die UBS hat es ja schon erhört mit der Ernennung von Sergio Ermotti zum CEO (lacht). Die Bevölkerung versteht oft nicht mehr, was solche Konzerne für unser Land tun. Und im Gegenzug verlieren jene Konzerne, welche nur noch in ausländischer Hand sind, den Bezug in und das Verständnis für unser Land. Die letzten Abstimmungen zu Wirtschaftsfragen konnten wir teilweise nur hauchdünn für uns entscheiden. Da ist es wichtig, dass wir geschlossen auftreten in solchen Fragen. Gerade dieser Vorschlag hat nichts zu tun mit Überregulierung. Er erlaubt ja auch ausländische Verwaltungsräte – und wir hatten diese Rege-

lung bis 2007, sie wurde vom Bundesrat einfach klammheimlich aufgelöst.

Trotz bürgerlicher Mehrheit scheint der Regierungsrat den Kanton Zürich die letzten Jahre mehr verwaltet – und die Verwaltung vergrössert – zu haben als ihn wirtschaftsfreundlich zu gestalten. Wo bleibt der Einfluss der Parteien auf ihre Regierungsräte?

Boesch: Man darf nicht vergessen: In den letzten vier Jahren lag die Mehrheit im Parlament bei Rotgrün. So wurden gegen unseren Willen zusätzliche Aufgaben dem Staat übertragen. Der Regierung sind oft die Hände gebunden,

«Am Schluss entscheidet die politische Grosswetterlage darüber, wie die Wahlen herauskommen. Auf der jeweiligen Welle kann man mehr oder weniger gut surfen.»

Hans-Jakob Boesch
Präsident FDP Kanton Zürich

sie müssen die von der Legislative auferlegten Aufgaben erfüllen. Aber wir sind auch nicht immer glücklich mit dem, was die Regierung beschliesst. So etwa beim überhöhten Teuerungsausgleich: Das war ein absolut schlechtes Signal für Unternehmen. Wichtig ist, den Staatshaushalt in den Griff zu bekommen und das Stellenwachstum zu bremsen.

Ledergerber: Das Parlament hat am Ende das Sagen. Aber ich bin einverstanden, dass wir unseren Regierungsräten vermehrt auf die Finger schauen und für gewisse Themen sensibilisieren müssen – auch im Wissen, dass sie nun auch ein erstarktes Parlament im Rücken haben. Da hat sich wohl auch eine gewisse Resignation breitgemacht in der letzten Legislatur.

Herr Ledergerber, hat der Spagat der SVP in der Corona-Politik bei den Wahlen geschadet? Ich spreche die extremen Positionen zwischen restriktiver Law- and-Order-Haltung bestimmter Exekutiven und den Forderungen nach Lockerungen der Basis an?

Ledergerber: Die Regierungsräte sind nah an der Verwaltung, haben mehr den Blick fürs Gesamte und Verantwortung in ihrem Departement für die Gesamtbevölkerung. Und die Partei kann

da ausscheren und knallharte Interessenspolitik machen – da ist man dann halt mal nicht gleicher Meinung. Dass es zu Diskussionen kommt, ist gegen aussen schwer zu verkaufen. Aber es ist wichtig, dann auf die unterschiedlichen Rollen hinzuweisen.

Wie bereiten Sie sich auf die nationalen Wahlen im Herbst vor?

Boesch: Wir stimmen uns eng ab mit der FDP Schweiz und versuchen uns dort zu verbessern, wo wir Fehler und Schwachstellen in den vergangenen Wahlen identifiziert haben.

Ledergerber: Die Rollenverteilung ändert sich bei nationalen

Wahlen: Während wir für die kantonalen Wahlen den Wahlkampf mit den Bezirken koordinierten, tun wir das jetzt mit der Schweizerischen Partei. Wir werden uns auch hüten, den ganzen Laden auf den Kopf zu stellen. Thematisch sind unsere beiden Parteien gut vorbereitet. Aber die Ausgangslage ist für uns markant anders als vor vier Jahren: Damals, im Zuge der grünen Welle, fand intern ein Positionskampf statt, den wir hinter uns gebracht haben. So können wir ruhiger in die Wahlen gehen. Das Zauberwort ist Mobilisierung – jede Partei versucht, selber den Kniff herauszufinden.

Ihre Prognose für die Nationalratswahlen: Wie viele Sitze holt Ihre Partei im Kanton Zürich?

Ledergerber: Wir möchten wieder 12 Sitze – also die zwei 2019 verlorenen zurückgewinnen.

Boesch: Ich wage noch keine Prognose. Klar ist aber, dass wir zulegen und den Ständeratssitz verteidigen wollen.

Werden die Aufrechten auch wieder ein Störfaktor werden für die bürgerlichen Parteien?

Ledergerber: Auf jeden Fall. Die kleinste Partei hat nun etwas Morgenluft geschnuppert.

Boesch: Die Aufrechten haben aus dem Stand 2,15% der Stimmen geholt, aber aufgrund des Wahlsystems keinen Sitz erhalten. Bei den Nationalratswahlen gibt es diese Einschränkung nicht. Sie haben also durchaus Chancen auf einen Sitzgewinn, insbesondere wenn sie mit der EDU eine Listenverbindung eingehen sollten.

Können Sie neue Themen setzen im Hinblick auf die Wahlen?

Boesch: Klar versuchen wir, bestimmte Themen aufzugreifen. Am Schluss entscheidet die politische Grosswetterlage darüber, wie die Wahlen herauskommen. Auf der jeweiligen Welle kann man mehr oder weniger gut surfen.

Ledergerber: Man versucht immer, Themen zu setzen. Wenn wir aber vier Wochen vor den Wahlen einen CS-Skandal haben, müssen wir darauf reagieren, ob wir nun wollen oder nicht. Das zeigt: Parteien sind sehr stark von der allgemeinen Themenlage getrieben. ■

ZUR PERSON



Hans-Jakob Boesch

Der 43-jährige Stadtzürcher ist Inhaber und Geschäftsführer eines Beratungsunternehmens und seit 2016 FDP-Kantonalpräsident. In seiner Freizeit wandert und reist er gerne mit seiner Familie.

ZUR PERSON



Domenik Ledergerber

Der 35-jährige Event-Unternehmer und Landwirt aus Herrliberg ist seit August 2022 SVP-Kantonalpräsident. Der Familienvater spielt – wenn er Zeit findet – bei den Senioren des FC Herrliberg Fussball.

KARIKATUR
DES MONATS

Kein Wunder, kommt keiner ins Ziel: Die Stadt Zürich macht an der Rad-WM 2024 ernst



KOMMENTAR

Geld ist nicht alles

Für viele KMU ist die CS ihre Geschäftsbank. Dort haben sie ihre Konten, beziehen sie ihre Kredite. Und ziemlich sicher haben sie bei dieser Bank freundliche, fleissige und kompetente Ansprechpersonen, die weit entfernt von den Leuten arbeiten, welche die Bank in diese Situation gebracht haben.



Nicole Barandun
Vizepräsidentin KGV und
Präsidentin Gewerbeverband
Stadt Zürich GVZ

Risiken und Stabilität

Viele werden ihren Arbeitsplatz verlieren. Das ist schwierig zuallererst für die Angestellten persönlich, aber auch für den Wirtschaftsstandort Zürich und wird Auswirkungen haben für uns alle. Gleichzeitig lohnt es sich, mal darüber nachzudenken, dass es in Zürich viele KMU gibt, die Stabilität schaffen, die keine solchen Risiken eingehen, die Lernende ausbilden und weit weg von «Hire and Fire» handeln. Erinnern wir uns daran, wenn das Gewerbe klar

macht, dass es schwierig ist, einen langen Vaterschaftsurlaub zu stemmen, was eine Grossbank problemlos bewerkstelligen kann. Oder wenn man bei einem KMU kein bezahltes Sabbatical oder keinen Bonus bekommt, dafür auf verantwortungsvolle Chefinnen und Chefs zählen kann, die wissen, was sie an ihren Mitarbeitenden haben und diese entsprechend wertschätzen und behandeln.

Wertschöpfung und Relevanz

Die Stadt Zürich könnte sich dies auch wieder mal vor Augen

führen und, statt die ganze Wirtschaftsförderung auf die Grossen wie Google, Banken und Versicherungen auszurichten, sich fragen, ob faire Rahmenbedingungen auch für KMU dabei genug Beachtung finden. Und für jene, welche den KMU die volkswirtschaftliche Relevanz absprechen, möchte ich klarstellen, dass Schweizer KMU 3 Mio. Mitarbeitende beschäftigen und über 50 % der Bruttowertschöpfung in unserem Land erwirtschaften gegenüber 9 % und 100 000 Mitarbeitenden im Bankensektor. Letzterer sollte sich auf seine wichtigste Aufgabe, die Finanzierung des Handels, konzentrieren und sich mit dem Backen kleinerer Brötchen das Vertrauen aller wieder verdienen.

Quelle: gewerbezuersch.ch
Der Kommentar erschien erstmals auf der Onlineplattform des GVZ

Verein für die
Wylandmäss 2024
ins Leben gerufen

Im Zehn-Jahres-Rhythmus richtet die Wirtschaftsvereinigung Region Andelfingen (WRA) die Gewerbechau Wylandmäss aus. Die nächste findet am 21./22. September 2024 statt. An der Spitze des neu gegründeten Vereins Wylandmäss 2024 steht Martin Schaub vom gleichnamigen Holzbaubetrieb. Er amtierte bereits 2004 als OK-Präsident. «Ich will etwas anderes machen», sagte er kürzlich an der Gründungsversammlung des Vereins, der unter der Schirmherrschaft der WRA steht.

Noch zu regeln sind vor allem Stellvertretungen, wobei Schaub hofft, den weiblichen Anteil noch merklich steigern zu können. Eine erste Umfrage bei den möglichen teilnehmenden Betrieben folgt im September, eine Infoveranstaltung zur Wylandmäss 2024 wohl im Oktober. Erstmals wird die Wylandmäss nicht zentral an einem Standort sein, sondern sich auf mehrere in Andelfingen/Kleinandelfingen verteilen. (ZW)



Zwei erfreuliche Entscheide
aus Sicht der Zürcher KMU

Diese Rubrik kommentiert die Arbeit des Kantonsrates im vergangenen Quartal. Der Fokus liegt auf Geschäften mit Relevanz fürs Gewerbe.

Preisniveau-Klausel: Ein erfreuliches
Signal für Zürcher KMU

«Preisniveau-Klausel» 5772: Beitritt zur Interkant. Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen

Das auf Stufe Bund unbestrittene Gesetz (BöB) wurde von den Kantonen unverständlich zerfleddert. Die IVöB-Vorlage verfehlte mit dem Weglassen von wichtigen Zuschlagskriterien das übergeordnete Harmonisierungsziel zwischen Bund, Kantonen und Gemeinden. Zwei wichtige Kriterien für Unternehmen, welche in der Schweiz tätig sind, wurden nicht aus der Bundesgesetzgebung (BöB) übernommen. Mit der «Preisniveau-Klausel» sollen für schweizerische Unternehmen und für die Konkurrenz aus Ländern durch die Berücksichtigung des Preisniveaus gleich lange Spiesse gelten. Mit der Berücksichtigung des Preisniveaus gewinnt das effizienteste Unternehmen und nicht dasjenige, welches einfach in einem Land mit tiefem Preisniveau produziert bzw. produzieren lässt. Das Kriterium «Verlässlichkeit des Preises» belohnt ehrliche Arbeit und Qualität, verhindert Dumping und versteckte Mehrkosten.

Insbesondere das Weglassen des Kriteriums «Preisniveau-Klausel» hätte die Zürcher Unternehmen benachteiligt und für Verwirrung gesorgt. Denn mehrere (Nachbar-)Kantone haben den Missstand längst korrigiert und das Kriterium Preisniveau-Klausel gesetzlich verankert.

Die Preisniveau-Klausel wurde am 30. Januar vom Kantonsrat mit 88 zu 85 Stimmen bei einer Enthaltung in die kantonale Gesetzgebung aufgenommen. In der Schlussabstimmung wurde die Vorlage dann mit nur einer Gegenstimme verabschiedet.

Dafür waren: SVP, FDP, Mitte, EDU, AL
Dagegen waren: GLP, SP, Grüne, Mitte, EVP
Meinung KGV: Ein grosser Erfolg für die KMU im Kanton Zürich und den KGV, der sich für die Aufnahme der Kriterien starkgemacht und sich aktiv in den Prozess eingebracht hat. Mit der Preisniveau-Klausel gelten für KMU nun gleich lange Spiesse und es werden nicht länger Äpfel mit Birnen verglichen.

Notariatsgebühren werden gesenkt

Verordnung/Vorlage 301/2018: Festlegung der Höhe der Notariatsgebühren

Die Höhe der Notariatsgebühren im Kanton Zürich soll angepasst werden. Dies verlangte

eine parlamentarische Initiative der SVP. Um rund 20 Prozent sollen Gebühren für bestimmte gesellschaftsrechtliche Beurkundungen und solche im Ehegüter- und Erbrecht gesenkt werden.

Neu soll für ausserhalb des Notariats vorgenommene Beurkundungen (bspw. direkt in Betrieben) sowie für Beurkundungen ausserhalb der regulären Öffnungszeiten Gebühren verlangt werden dürfen. Dies führt zu einer Flexibilisierung bei der Notariatsarbeit und kommt den Bedürfnissen der Wirtschaft entgegen.

Der Kantonsrat hat einer Änderung der entsprechenden Verordnung mit 83 zu 64 Stimmen zugestimmt.

Dafür waren: SVP, FDP, Mitte, EDU, EVP, GLP

Dagegen waren: SP, Grüne, AL
Meinung KGV: Gebühren und Abgaben belasten KMU. Der KGV begrüsst demzufolge die Gebührensenkung bei den Notariaten. Gleichzeitig fordert der KGV die bürgerlichen Politiker auf, nicht nachzulassen und für weitere Gebührensenkungen zu sorgen. Denn an Gebühren darf der Staat nicht verdienen. Eine Gebühr soll lediglich die Kosten, welche dem Gemeinwesen durch die Amtshandlung oder Benutzung der Einrichtung entstanden sind, maximal decken.

PAROLEN VOLKSABSTIMMUNG VOM 18. JUNI 2023

Nein zum riskanten
Klima-Gesetz

Der Strombedarf der Schweiz wird auch in den kommenden Jahrzehnten markant steigen. Unter anderem wegen der fortschreitendem E-Mobilität, des schnellen Umstiegs auf Wärmepumpen und der steigenden Digitalisierung. Gleichzeitig findet in der Schweiz der schrittweise Ausstieg aus der Kernkraft statt, verbunden mit dem Verbot für einen Bau neuer Anlagen.



Die Vorzeichen für das Klimaschutz-Gesetz mit der Forderung nach einer totalen Elektrifizierung bis 2050 stehen demzufolge schlecht. Solange die Versorgungslage unsicher

und der Strombedarf mit einheimischem Strom nicht gesichert ist, ist es fahrlässig, dem Gesetz zuzustimmen. Es drohen neben riesigen Kosten auch wiederkehrende Strommangellagen. KMU dürfen nicht mit höheren Preisen, Verboten und Regulierungen belastet werden.

Der KGV lehnt diesen risikoreichen Eingriff deshalb ab und sagt Nein zum Klimaschutz-Gesetz. Klimaschutz ist wichtig und richtig. Massnahmen für den Klimaschutz müssen jedoch verkraftbar für die Wirtschaft sein und dürfen die Versorgungssicherheit nicht gefährden.

Parole: Nein

Umsetzungsvorlage zur
OECD/G20-Mindeststeuer

Im Zentrum der OECD/G20-Steuerreform steht eine Mindestbesteuerung von 15 Prozent für alle Unternehmen mit einem Umsatz über 750 Millionen Euro



im Jahr. Die Vorlage zur Umsetzung der OECD-Mindeststeuer gewährleistet, dass der Schweiz zustehende Steuermillionen im Land bleiben. Setzt die Schweiz die Steuerreform nicht um, können andere Länder die betroffene

Unternehmen nachbesteuern. Steuern gingen fahrlässig verloren. Unser Land tut gut daran, Arbeitsplätze und Wohlstand in der Schweiz zu halten und die Rechtssicherheit nicht zu gefährden. Das ist auch im Interesse der KMU, welche nicht direkt von der Vorlage betroffen sind. Es ist richtig, dass die Standortkantone den Hauptteil der zusätzlichen Einnahmen erhalten. Der KGV sagt demzufolge Ja zur Umsetzungsvorlage der OECD-Mindeststeuer.

Parole: Ja

Präsidentenkonferenz in Rüschlikon

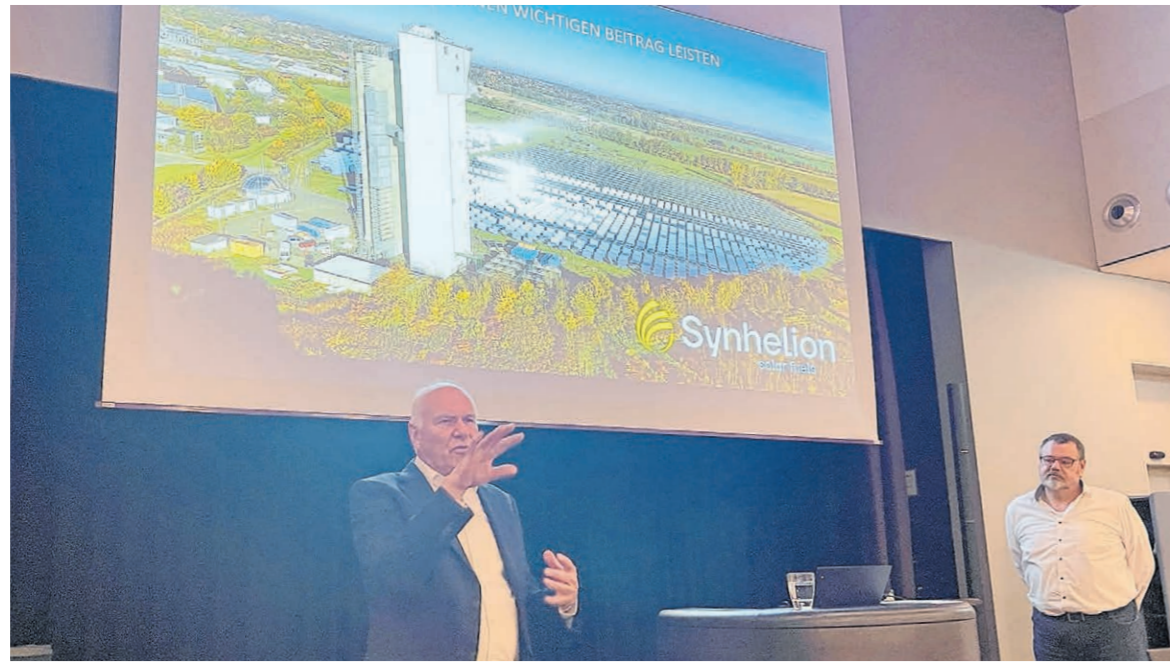
Muss Treibstoff für herkömmliche Verbrennungs- oder Flugzeugmotoren zwingend eine schlechte CO₂-Bilanz haben? Hans Hess, Ex-Swissmem-Präsident, zeigte an der KGV-Präsidentenkonferenz auf, was mit Treibstoff aus Solarenergie möglich ist. Um CO₂ im Rahmen der nächsten Abstimmung ging es auch an der Versammlung.

Mark Gasser

Rund 60 Präsidentinnen und Präsidenten aus Gewerbevereinen sowie Branchenverbänden wurden am 22. März im Hotel Belvoir in Rüschlikon Zeugen einer neuen, möglicherweise zukunftsweisenden Technologie. Das Startup Synhelion SA steht stellvertretend für viele KMU, meinte KGV-Präsident Werner Scherrer einleitend: der CO₂-Ausstoss in der Wirtschaft wurde in den letzten Jahrzehnten bereits massiv reduziert – weitgehend freiwillig und ohne Staat. Für Gastreferent und VR-Präsident von Synhelion Hans Hess, bis 2021 Swissmem-Präsident, gibt es zwei Feinde von Energie- und Klimapolitik: Öko-Fundamentalisten und Überregulierung.

Nach dem Motto: Ökologischer Fundamentalismus, der unsere Ideen nicht abwürgt, macht uns stärker, trug das Wagnis des ETH-Spinoffs Synhelion 2014 erstmals vorzeigbare Früchte. Nach jahrelangem Forschen unter Laborbedingungen gelang erstmals die Produktion von «solarem Kerosin», einem Treibstoff der Kategorie «Solar Fuels» – mit aus Wärme gewonnener Energie. 2019 wurde dann auf dem ETH-Dach «ein erstes Fläschchen synthetischer Treibstoff hergestellt.» Bei der thermochemischen Reaktion schliesst sich der CO₂-Kreislauf, da bei seiner Verbrennung nur so viel CO₂ freigesetzt wird wie zuvor für dessen Herstellung verwendet wurde.

Am Anfang des Herstellungsprozesses stehen bei den Solar Fuels der Marke Synhelion sogenannte Solar Receiver – das können entweder hoch erhaltende Spiegel aus Stahlplatten oder Solarzellen sein, welche die grosse Hitze einfangen und weiterleiten an den Receiver. Die hier generierte Hitze wird in einem thermodynamischen Reaktor in «Syn-gas» umgewandelt – eine Kombination zwischen Wasserstoff (H₂) und Kohlenstoffmonoxid (CO). Ab



Hans Hess stellt im «Belvoir» in Rüschlikon die neue solargespiesene Treibstoffherstellung von Synhelion vor.

hier wird die Verbindung mit Standardverfahren für Gas-to-Liquids-Technologien zu Benzin, Diesel, oder Kerosin verarbeitet. Dass Hans Hess stets im Konjunktiv vom Potenzial der «solaren Brennstoffe» sprach, deutet auf den Status der noch nicht marktfähigen Treibstoffsorten hin. Dennoch: Das Startup, des-

«Eine steile Vision: Um 2030/31 die Hälfte des Schweizer Kerosinbedarfs zu ersetzen, müssen wir sehr viele und sehr grosse Anlagen bauen weltweit.»

Hans Hess

Verwaltungsratspräsident Synhelion SA

sen Verwaltungsratspräsident er heute ist, steht mittlerweile bei 40 Mitarbeitenden, davon rund 20 in Zürich und eine weitere in Spanien, wo eine Testanlage mit grossem Spiegelfeld in Entstehung ist, sowie in Deutschland.

Grüne Visionen für Verbrenner

Nun entsteht 2023 und 2024 im deutschen Jülich auf einem Feld der Luft- und Raumfahrt die weltweit erste grossflächige Testanlage zur industriellen Produktion des solaren Treibstoffs. Bald

soll letztlich eine kommerzielle Produktionsanlage in der Nähe Madrids mit einer Kapazität von 500 000 Litern pro Jahr folgen. Ab dann soll die Technologie skalierbar werden: Bis 2030/31 könnte so die Hälfte des Schweizer Kerosinbedarfs durch den umweltfreundlichen Treibstoff ersetzt werden, nannte Hess die ambitio-

Schweiz zwingen wird, nachzuziehen. Die Vorschläge des Bundesrats für eine Neuauflage des CO₂-Gesetzes sehen eine solche Beimischpflicht für alternative Treibstoffe (auch im Strassenverkehr) vor. Dass Flugzeuge mit Wasserstoff neu gebaut werden müssten und elektrische Antriebe nur für Kurzstrecken infrage kommen, erklärt das grosse Interesse gerade der Luftfahrt an alternativen Treibstoffen für ihre Flotten. Aktuell kaufen die Flughafen Zürich AG gemeinsam mit der SWISS den CO₂-neutralen Solarkerosin zum Selbstkostenpreis ab, wenn auch noch in Kleinstmengen.

Zu den Unterstützern von Synhelion gehört nicht nur die Aviatikbranche. Auch Firmen wie Amag sind finanziell ins Abenteuer eingestiegen. «Denn viele wollen weiterhin einen Porsche 911 fahren», so Hess. Dies setzt natürlich voraus, dass Gesetzesgrundlagen wie die Neuauflage des CO₂-Gesetzes auch die Weiterverwendung von Verbrennungsmotoren dank alternativer Treibstoffe vorsieht.

Nicht nur von der Politik, sondern auch von der Finanzierbarkeit und der Konkurrenzfähigkeit des Treibstoffpreises wird jedoch



Nach der Präsidentenkonferenz waren angeregte Gespräche angesagt. Mehr Impressionen auf den KGV-Facebook- und Instagram-Kanälen. Bilder M. Gasser

die Zukunft des Unternehmens abhängen. Hans Hess gab als Zielgrösse des Solartreibstoffs Produktionskosten von einem Franken pro Liter vor – wohlbemerkt in 3. Generation und unter Annahme grossflächiger Produktion. Das wäre weitaus günstiger als die Biotreibstoffe, die auf rund 3 Franken pro Liter gehandelt werden. Ausserdem ist die Energiedichte höher bei der Treibstoffart als bei mit Wasserstofftanks versehenen Flugzeugen.

Parolen für Juni-Abstimmungen

Im Anschluss ans Referat von Hess ging es – wie so oft in den letzten Monaten – auch an der KGV-Präsidentenkonferenz um Energie. So informierte KGV-Geschäftsführer Thomas Hess über das Klimaschutzgesetz (KIG), welches im Juni zur Abstimmung kommt. Kurz zuvor hatte der erweiterte Vorstand des KGV ohne Gegenstimme die «Nein»-Abstimmungsparole gefasst. Insbesondere SVP-Nationalrat und Kaminfergermeister Bruno Walliser fand wenig Gutes am Rahmengesetz, welches als direkter Gegenvorschlag zur Gletscherinitiative aufgelegt wurde. So versteifte sich

der Vorschlag auf die die aktuell opportune «komplette Elektrifizierung unseres Landes», meinte Walliser. Das KIG ist überambitioniert und kommt zu einem fragwürdigen Zeitpunkt. Mit dem Umbau Richtung Total-Elektrifizierung der Schweiz drohen künftig jeden Herbst/Winter Strommangellagen. Solange die Stromversorgung mit der benötigten Infrastruktur nicht gesichert ist, kann man einem solchen Gesetz nicht zustimmen. Auch die Unterstützung eines «Ja» zur OECD-Steuerreform war Formsache. Mehr zu den Parolen auf S. 15.






Werner Scherrer verwies zu guter Letzt auf den Imagefilm, quasi ein «Nebenprodukt» der KGV-Wahlkampagne. Die Thematik «streichen, panaschieren, kumulieren» und die Motive dürften auch für den National- und Ständeratswahlkampf wieder Verwendung finden. Weiter verwies Thomas Hess auf das Werbematerial, um neue Mitglieder anzuwerben: Einerseits die Sonderzeitung mit den Vorteilen einer Mitgliedschaft sowie ein von Michael Ricklin vom BGV Dielsdorf entwickeltes, modular beschreibbares Couvert und Brief.

Anzeige

Lüftungsreinigung und Raumlufthygiene in Perfektion



Alle Arbeiten und Schulungen werden nach SWKI-Richtlinien durchgeführt.

-  Reinigung und Desinfektionen von Lüftungssystemen
-  Brandschutzkonzepte
-  Sicherheits-Checks
-  Hygieneanalysen
-  Seminare / Schulungen

Kontaktieren Sie uns. Wir schenken Ihnen einen Gutschein für eine kostenlose Inspektion Ihrer Lüftungsanlage.

tiventa AG
Staffleggstrasse 5
5024 Küttigen
0848 000 458 / 062 844 42 05
tiventa@tiventa.ch / www.tiventa.ch
Unsere Standorte: Bern, Freiburg,
Zürich, Schwyz, Graubünden

tiventa
Kompetenzzentrum
für Raumlufthygiene®

Stolperstein Ferienlohn

Das Bundesgericht hat kürzlich im Rahmen einer Praxisänderung entschieden, dass bei einer Vollbeschäftigung eine ausnahmsweise Abgeltung des Ferienlohnanspruchs auch dann ausgeschlossen ist, wenn der Lohn Schwankungen unterliegt. Ein Verstoß gegen das Abgeltungsverbot kann zur Doppelzahlung führen.

Rolf Ringger

In der Praxis ist immer wieder anzutreffen, dass der Ferienlohnanspruch bei Arbeitnehmern im Stundenlohn mit einem Zuschlag zum Arbeitslohn abgegolten wird. Bei einem Ferienanspruch von vier Wochen im Jahr beträgt der Zuschlag 8.33%, bei einem Anspruch von fünf Wochen 10.64%. Dabei ist vielen Arbeitgebern nicht bewusst, dass für eine solche Ferienabgeltung strenge Anforderungen erfüllt sein müssen.

Ferien und Lohn

Nach Art. 329d Abs. 1 OR hat der Arbeitgeber dem Arbeitnehmer für die Ferien den gesamten darauf entfallenden Lohn zu entrichten. Dies bedeutet, dass der Arbeitnehmer während den Ferien lohnmassig nicht schlechter gestellt werden darf, als wenn er in dieser Zeit gearbeitet hätte. Vereinbarungen, die den Arbeitnehmer schlechter stellen, sind nichtig, d.h. nicht anwendbar. Zudem bestimmt Art. 329d Abs. 2 OR, dass die Ferien während der Dauer des Arbeitsverhältnisses nicht durch Geldleistungen oder andere Vergünstigungen abgegolten werden dürfen. Diese Bestim-

«In jeder einzelnen Lohnabrechnung muss der Ferienlohn in Prozenten oder Franken ausgewiesen werden.»

mung kann durch Vereinbarung weder aufgehoben noch geändert werden. Diese Regelung will sicherstellen, dass der Arbeitnehmer im Zeitpunkt, in dem er die Ferien tatsächlich bezieht, auch über das notwendige Geld verfügt, um diese sorgenfrei verbringen zu können. Es soll ihm ermöglicht werden, sich zu erholen, ohne durch den Lohnausfall davon abgehalten zu werden. Der Ferienlohn ist daher grundsätzlich dann



Rund um den Ferienlohn ist die Regelung komplizierter geworden.

auszuzahlen, wenn die Ferien tatsächlich bezogen werden.

Ausnahmen

Von diesem Grundsatz gibt es in der Praxis jedoch Ausnahmen: So müssen bei Beendigung des Arbeitsverhältnisses noch bestehende Ferienansprüche gezwungenermassen in Geld abgegolten werden. Überdies kann – unter Einhaltung von zwei weiteren Voraussetzungen – bei sehr kurzen oder sehr unregelmässigen Beschäftigungen vom Abgeltungsverbot abgewichen werden und der Ferienlohn mittels eines Zuschlags auf dem Arbeitslohn mit diesem laufend ausbezahlt werden.

Unter «sehr kurzen Beschäftigungen» sind solche zu verstehen, die nur wenige Wochen dauern. Und «sehr unregelmässige Beschäftigungen» zeichnen sich dadurch aus, dass die Arbeitsstunden sehr schwankend sind, so dass die Berechnung des Ferienanspruchs in natura wie auch des Ferienlohnes zu unüberwindbaren Schwierigkeiten führt, so bei Teilzeitpensen mit zeitlich unterschiedlichen Einsätzen oder bei Arbeit auf Abruf. Ist hingegen im Arbeitsvertrag eine bestimmte Anzahl Stunden oder Tage pro Woche oder pro Monat fixiert, erweist sich ein solches Arbeitsverhältnis

Ferienentschädigungen zu verrechnen. Und es ist in aller Regel auch nicht rechtsmissbräuchlich, wenn der Arbeitnehmer – dies namentlich bei Beendigung des Arbeitsverhältnisses – die Nachzahlung des Ferienlohnes vom Arbeitgeber fordert. Bei einem Ferienanspruch von vier oder fünf Wochen pro Jahr und einer Verjährungsfrist von fünf Jahren liegt die Nachzahlung rasch einmal bei einem halben Jahresallr.

Fazit zum Ferienlohn

Mit diesem neuen Entscheid des Bundesgerichtes wurden die Fälle, die bislang eine Abweichung vom Abgeltungsverbot zu rechtfertigen vermochten, weiter eingeschränkt, indem Vollzeitbeschäftigte auch bei schwankendem Lohn davon ausgenommen sind. Mit einer weiteren Verschärfung ist zu rechnen, zumal das Bundesgericht im Entscheid explizit darauf hingewiesen hat, dass mit Blick auf die heute zur Verfügung stehenden Softwareangebote und Zeiterfassungssysteme eine dem Gesetz entsprechende Berechnung des Ferienlohnes auch bei monatlichen Schwankungen des Lohnes nicht mehr als unzumutbar erscheine. Unter diesem Aspekt stellt sich die Frage, wie lange das Bundesgericht noch Ausnahmen vom Abgeltungsverbot zulässt. Es ist deshalb dem Arbeitgeber zu empfehlen, den Ferienlohn nicht (mehr) als Zuschlag zum Arbeitslohn mit diesem laufend auszu-

zahlen, sondern ihn auf den Lohnabrechnungen betragsmässig auszuweisen und zu kumulieren und erst bei einem effektiven Ferienbezug in entsprechendem Umfang auszuzahlen.



Rolf Ringger
Partner bei der
Anwaltskanzlei
BEELEGAL und
publiziert
Ratgeberbeiträge
in der «Zürcher
Wirtschaft».

Alte mit Zukunft – Sergio Ermotti, nur zum Beispiel

KOLUMNE
LUDWIG HASLER



Philosoph, Physiker, Autor
lhasler@duebinet.ch

Der alte UBS-Chef wird der neue. Man traut dem Alten mehr zu als den Neuen. Weil er – aus Erfahrung – weiss, wie man es macht. Er begann mit einer Banklehre, nicht mit Studium. Er hat weder Bachelor noch Master in Bankwissenschaften, aber Berufspraxis auf sämtlichen Stufen. Er weiss, wie man Investmentbanker zähmt, er hat es nämlich schon mal erfolgreich getan, nicht am Modell, sondern mit real existierenden Egomänen. Er ist 62. Schreckt sonst eher ab. Unflexibel, sagt man, nicht mehr auf der Höhe der Zeit, Typ Besserwisser, okay Boomer. Die Jungen drängen nach mit frischem Wissen, mehr Elan, schliesslich sind sie die aktuellste Ausgabe der Menschheit, ihnen gehört die Zukunft. Dazu brauchen sie überdies Illusionen, Träume, Sehnsüchte, alles unverzichtbar, wenn es vorwärts gehen soll.

Anzeige

Wir Alten dagegen? Illusionen, Träume? Schrumpfen. Frisches Wissen? Nach Gutdünken. Was dann? Erfahrung, DER Altersbonus. Unser biografischer Standortvorteil – und manchenorts in Misskredit geraten. Erfahrung, sagte mir kürzlich ein Unternehmer, ist bei uns der Innovationskiller Nummer eins. Also – was bringt Erfahrung?

Dazu eine Episode. Beim Weintrinken mit Beat Zoderer, dem Künstler. Auf dem Tisch farbige Klarsichtmäppchen, er spielte mit ihnen, so nebenher, doch siehe da: Sie gerieten wie von selbst zu fabelhaften Kompositionen, Kunst à la Max Bill. An der Vernissage sprach eine Frau den Künstler an, die Werke fand sie grandios, den Preis erklärungsbedürftig. Wie lange er denn daran gearbeitet habe? Er: Vierzig Jahre. So läuft Erfahrung. Augen, die vierzig Jahre auf Entdeckung waren – wach, listig, leidenschaftlich –, solche Augen sehen mehr, sehen genauer, erblicken schneller, worauf es ankommt. Lässt sich in keiner Schule lernen. Erfahrung kommt vom Leben, nicht vom Wissen. Wissen kann jeder erwerben, Erfahrung müssen wir machen.

Das braucht Zeit und Interesse, darum: Wer länger (interessiert!) lebt, hat mehr erfahren. Heute verschulen wir alles, darum überschätzen wir das Wissen – und unterschätzen Erfahrung. Für sie gibt es keinen Bachelor, null Credit Points. Doch hoffentlich bald wieder mehr Kredit in der Wirtschaft. Nicht nur für Sergio Ermotti. Beispiel Medizin. Eine Enkelin hat grad das Staatsexamen gemacht, das kompakte jüngste Studienwissen intus. Ist sie nun eine tolle Ärztin? Sie ist approbierte Medizinerin. Dagegen die 62-jährige Ärztin, nicht mehr wild auf jede neue Studie, hat Tausende Patienten gesehen, untersucht, therapiert. Ihr Wissen ist lebens-, praxisgesättigt. Praxis heisst nicht: Studienwissen auf Einzelfälle herunterbrechen. Jede Patientin ist einzigartig, reagiert auf ihre besondere Weise auf Therapie. Darum ist ärztliches Handeln kreativ – so wie jedes Handeln, auf dem Bau, im Hotel, in der Schule. Ergo: Am sichersten verlässt sich Berufspraxis auf Erfahrung. Weshalb jede Branche klugerweise Junge mit Alten mischt: frisches Wissen, Elan, Illusion mit Erfahrung.



emilfrey.ch

Fahren Sie auf Erfolgskurs.

Bei Emil Frey finden Sie
die automobilen Fachkräfte.
31 Marken zur Auswahl.



Premiere bei der Vernetzung von KMU

Zum ersten Zürcher KMU-Innovationstag sind rund 200 Unternehmerinnen und Unternehmer im Innovationspark Zürich zusammengelassen. Unter Beteiligung vieler Partner hatte er am 30. März zwei Hauptziele: KMU-Wege zu erfolgreicher Innovation aufzuzeigen und noch mehr untereinander zu vernetzen.

«Um ihr Innovationspotenzial besser ausschöpfen zu können, müssen KMU sich stärker vernetzen», sagte Carmen Walker Späh, die Volkswirtschaftsdirektorin des Kantons Zürich, bei der Begrüssung. Ein Satz, der sich wie ein roter Faden durch das Programm des ersten KMU-Innovationstags am 30. März zog. In 15 Impuls-Sessions und Referaten loteten Fachleute gemeinsam mit rund 200 Teilnehmenden Wege zur Steigerung der KMU-Innovationskraft aus. Dazwischen bot sich die Gelegenheit für persönliche Gespräche und um das Gelände des Innovationsparks näher kennenzulernen. Die Erstaussage des Zürcher KMU-Innovationstages bildet Teil des Pilotangebotes «KMU und Innovation».

Im September 2022 im Auftrag von Carmen Walker Späh lanciert, sind etliche Partner im Boot: unter anderem das Netzwerk Standortförderung Kanton Zürich, die Zürcher Kantonalbank, die Zürcher Handelskammer und der KGV.

Das Projekt unterstützt KMU auf verschiedenen Ebenen, innovativ zu bleiben und noch innovativer zu werden. Walker Späh: «Denn auch wenn wir im Kanton Zürich sehr gut aufgestellt sind, geht die Innovationskraft von KMU leicht zurück.» Es sei an der Zeit, den Fokus auf die Unternehmen zu legen, die das Land aufgebaut haben, es stemmen und die die meisten Arbeitsplätze und Lehrstellen böten – und die weder über grosse Forschungs-, IT- oder Rechtsabteilungen verfügen.

Fünf Herausforderungen

Das Programm des Innovationstages wurde vom Team der Standortförderung des Kantons Zürich auf die Beine gestellt. Unter Mitwirkung vieler Partnerorganisationen orientierte es sich an Herausforderungen, denen sich KMU heute zu stellen haben, die aber zugleich auch Chancen bieten: an digitalen Trends und Technologien, Nachhaltigkeit, neuen Arbeitsfor-



Am Innovationstag kamen verschiedenste Unternehmen zusammen.

men, der Umsetzung von Innovationen sowie rechtlichen und sicherheitstechnischen Fragen.

In Bezug auf neueste Trends und Technologien beleuchtete Sabrina Schenardi als Mitgründerin von «BLP Digital» die Reife der künstlichen Intelligenz. Sylvia Stocker, die Leiterin von «Arabesque», ging auf aktuelle Entwicklungen im Bereich der Service-Robotik ein. Doch Technologien entwickeln sich schnell: Den «Technology Outlook» der Schweizerischen Akademie der Technischen Wissenschaften (SATW) können Unternehmen als Wegweiser zur Früherkennung von Chancen nutzen, betonte SATW-Geschäftsleiterin Esther Koller in einer Session. Weiter erprobten sie zur Ideenfindung die Design-Thinking-Methode mit «Erni Informatik» und diskutierten mit «Erni Schweiz» Wege hin zu einem datenbasierten Geschäftsmodell.

Nachhaltigkeit als Vorteil

Die Chancen durch die Digitalisierung sind eng verzahnt mit dem Potenzial, das ein Nachhaltigkeitsfokus für Unternehmen hat. Workshop-Leiter Kevin Arm und Ronny Hoffmann vom Innovationsdienstleister «Zühlke» formulierten es so: «Nachhaltigkeit

ist die neue Digitalisierung.» Sie stellten ein Rahmenwerk vor, mit dem KMU nachhaltiges Design umsetzen können. Um die Transformation zur Kreislaufwirtschaft ging es bei Forschenden der ZHAW, mit denen eine Gruppe beispielhaft kreislauffähige Produkte und Geschäftsmodelle erarbeitete. Die Organisation «B Lab» präsentierte ihre Unterstützung für Unternehmen, die sich nachhaltig ausrichten wollen.

Als Beispiel für ein kollaboratives Arbeitsumfeld gewährte das «Büro Züri Innovationspark» Einblicke. Die Zürcher Kantonalbank bietet jeweils fünf Start-ups die Möglichkeit, darin tätig zu sein.

Innovationsförderung

Zentral war auch die Information über Andockstellen für innovative Ideen. Ein Aufruf war für sämtliche Teilnehmenden relevant: Europäische Förderprogramme für Verbundprojekte sind weiterhin offen für Schweizer Unternehmen. Für das wegfallende «EIC Accelerator» Programm, bei dem Firmen allein Anträge stellen konnten, wurde bis auf Weiteres durch den «Swiss Accelerator»-Ersatz geschaffen. Um die Umsetzungsfähigkeit einer Idee zu testen, ist der Innovationscheck von Innosuisse,

der Schweizerischen Agentur für Innovationsförderung, geeignet.

Zudem wurden Angebote vorgestellt, die KMU bei Innovationsprojekten begleiten: etwa «Industrie 2025», die Schweizer Netzwerk-Plattform für die Industrie 4.0 oder die Co-Creation-Plattform «jointcreate.com», welche Unternehmen aufzeigt, wie sie fehlende Ressourcen durch Kollaboration kompensieren können. Die kantonale Standortförderung stellt das Angebot «KMU und Innovation» vor, bei dem Fachleute KMU bei ihren Innovationsvorhaben beratend begleiten.

Netzwerk für Rechtsfragen

Welche Bedeutung IP-Rechte für KMU besitzen, stellte Matthias Käch vom Eidgenössischen Institut für Geistiges Eigentum (IGE) in einer Session dar. Er sagte: «Egal, wofür Sie sich entscheiden, Nutzungsrechte brauchen eine bewusste Entscheidung.» Das IGE bietet kostenlose Erstberatungen

«Selten habe ich eine Veranstaltung mit einem so offenen Publikum erlebt.»

Sarah Roethlisberger
Lead Business Consultant
Zühlke Engineering AG, Zürich

etwa in Patentfragen. Neben dem neuen Datenschutzgesetz war auch Cybersicherheit ein Thema. Philipp Grabher, der Informationssicherheitsbeauftragte des Kantons Zürich, warnte: «Viele Unternehmen sind nicht gegen Cyberangriffe gewappnet.» Doch einige Massnahmen könnten KMU auch mit geringen Ressourcen absichern – unter anderem ein solides Backup-Modell. Vor allem sollte auf keine Erpressungsversuche eingegangen werden. Künftig werde auch das kantonale Zentrum für Cybersicherheit des Amtes für Informatik eine Anlaufstelle für KMU in Sicherheitsfragen. (AWA)

China-Markt hautnah miterleben

Ab 18. Juni wird eine vom Swiss China Center organisierte Studienreise an sieben Standorte ins Land der Mitte und in die Mitte der chinesischen Wirtschaft führen.

Die Grenzen zu China, eine der nach wie vor dynamischsten Volkswirtschaften, sind wieder geöffnet, und die internationale Logistik zwischen China und Europa fasst nach der Coronakrise wieder Tritt. «Damit ist der Zeitpunkt ideal, um den Standort China als Produktions- oder als Absatzstandort neu zu evaluieren», findet Robert Gubler, Verwaltungsratspräsident der Swiss China Center AG mit Sitz in Zürich. Und ideal auch, um den Standort selbst zu erleben: «Chefs wollen sich vor Ort selbst ein Bild machen und Möglichkeiten in diesem Land ausloten.» Konkret: Die Swiss China Center AG, die als Brückenkopf die nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung zwischen



Treffen bei der letzten Studienreise des «Swiss China Center» 2019. Bild zvg

der Schweiz und China fördern will, führt vom 18. bis 28. Juni 2023 eine zehntägige Reise für KMU an Wirtschaftsstandorte in China durch. Gastgeber vor Ort sind Handelskammern, Gewerbeverbände, behördliche Entscheidungsträger (etwa von der Stadtre-

gierung), Unternehmer, Technische Experten und viele mehr. Die Destinationen: Hongkong, Beijing, Shanghai, Zhenjiang, Suzhou, Hangzhou, Shenzhen. Die mit China und dem Swiss Center China verbundenen Möglichkeiten für Schweizer Unternehmen sollen im

Rahmen der – wie bereits vor Corona durchgeführten – «Studienreise» ausgelotet werden.

Einen Halt wert ist auch das Schwesterprojekt des Swiss China Center in der Hauptstadt Beijing: Es soll dem Center zusätzlichen Schwung verleihen. Der auf grüner Wiese geplante Komplex ist als Swiss Village an prominenter Lage mit Hotels, Restaurants, Wohnungen, Büros und Detailhandel sowie Dienstleistungen konzipiert.

Im Angebot von Fr. 6500.– inbegriffen (ohne Flüge Fr. 4050.–) sind: Inlandflüge (Eco) und Bahnfahrten (Business), Transport zu Flughäfen, Bahnhöfen, Unterkünften (4 und 5 Sterne), alle Mahlzeiten (ohne Alkohol) und Aktivitäten. Interessierte können sich noch bis am 15. Mai anmelden. (ZW)

Anmeldedetails:

Jessica Jaun-Li, info@swiss-china-center.com, Tel. +41 76 416 9980 (bis 15. Mai).



EuroSkills: Fünf Zürcher dabei

In fünf Monaten werden die EuroSkills im polnischen Danzig 2023 eröffnet. Das SwissSkills-Team tritt an den europäischen Berufsmeisterschaften auch mit fünf Finalisten aus Zürich an.

Wenn am 5. September 2023 in der polnischen Hafenstadt Danzig die EuroSkills eröffnet werden, tritt das SwissSkills-National-Team mit hohen Erwartungen an. Denn an den letzten EuroSkills 2021 in Graz überzeugte das Schweizer Berufs-Nationalteam mit dem besten Schweizer Resultat der EuroSkills-Geschichte: In 16 Wettbewerben angetreten, gewann die Schweizer Equipe nicht weniger als 14 Medaillen – davon sechs Mal Gold.

In 16 Wettkämpfen mit dabei

Die 17 Wettkämpferinnen und Wettkämpfer kämpfen diesmal in Danzig in 16 Berufswettkämpfen um Medaillen. Auch fünf junge Zürcher Berufsleute sind dabei:

Marlena Senne (Affoltern a.A.) als Steinmetzin EFZ beim Skill «Architectural Stonemasonry», Michael Schmucki (Uerikon) bei den Elektroinstallateuren, Sabrina Bosshard (Illnau) als Malerin EFZ beim Skill «Painting and Decorating». Die beiden Informatiker Ralf Boltshausen (Fehraltorf) und Raymond Tea (Gundetswil) vertreten die Schweiz erstmals beim Wettkampf «Entrepreneurship» als Zweierteam.

In Danzig werden insgesamt rund 600 junge Berufs-Champions aus 32 Ländern erwartet.

1000 Vorbereitungsstunden

Im Rahmen der fachspezifischen Vorbereitung können die Berufstalente bei der weiteren Vorbereitung auf die Hilfe ihrer Expertinnen und Experten setzen, die von den Berufsverbänden nominiert wurden. Dabei wird das Trainingsprogramm eng mit den

Arbeitgebern abgestimmt. Die einzelnen Teammitglieder werden bis zur Eröffnung der EuroSkills Gdansk 2023 auf rund 1000 Vorbereitungsstunden kommen.

Der Zusammenhalt und der Erfahrungsaustausch unter den 17 Wettkampfteilnehmenden wird durch vier Vorbereitungsweekends gefördert. Diese beinhalten sowohl physische als auch mentale Aspekte, Schulungen für Auftritte sowie den Umgang mit Medien. (ZW)



Die fünf Teilnehmenden an den EuroSkills in Danzig aus dem Kanton Zürich.

Bild SwissSkills

KI als Spielverderberin im Beamtenmikado?

Amtsdeutsch formulierte politische Vorstösse sind sprachlich ungefähr so aufregend wie ein Gang aufs Steueramt. Aber um im Kanton Zürich Geschäfte von der gesetzgebenden Gewalt (dem Kantonsrat) in die oberste vollziehende Gewalt (den Regierungsrat) schleusen zu können, sind unter anderem eben Vorstösse ein wichtiges Mittel. Nun denkt der Kanton Zürich beziehungsweise die Staatskanzlei laut nach über den Einsatz künstlicher Intelligenz in der Verwaltung – notabene nicht bei der Beantwortung, aber immerhin bei der «Triagierung» solcher Vorstösse – sei das ein Postulat, eine Motion, Anfrage oder Interpellation. Denn viele Entscheide in der kurzen, aber teuren Karriere eines Vorstosses à rund Fr. 6000.– (im Schnitt) sind zwar Routine, bedingen aber dennoch einer gewissen Prüfung. Dass der Kanton selber in seiner Pilotstudie zum «Einsatz Künstlicher Intelligenz in der Verwaltung» Potenzial darin sieht, solche Routineprozesse zu teilautomatisieren, ist bemerkenswert. Die KI könnte also so etwas wie ein Katalysator für die Abwicklung politischer Vorstösse werden; nämlich beim Triagieren von einer Verwaltungsebene auf die nächste: Von den Parlamentsdiens-

DER WADENBEISSER



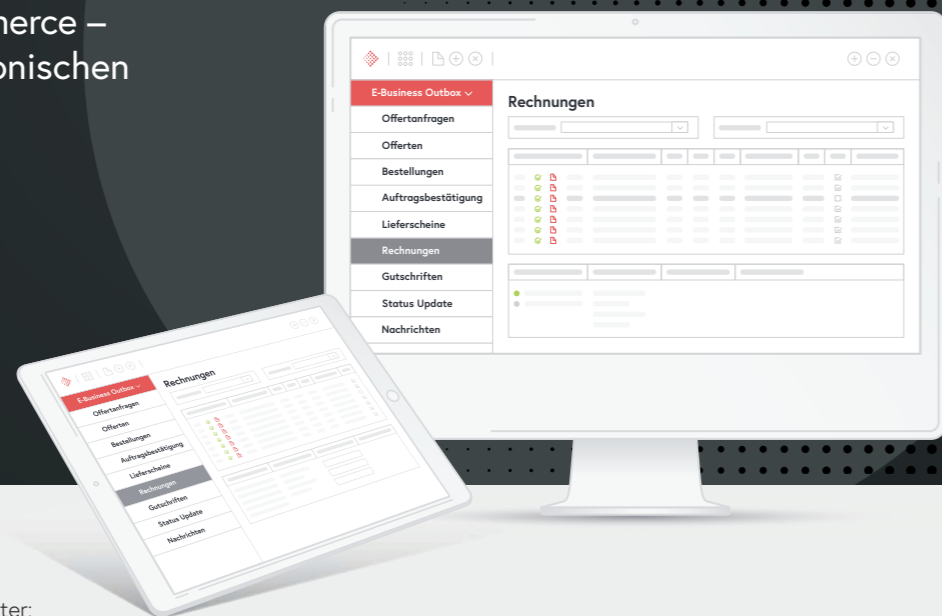
ten gehen die Vorstösse an die Staatskanzlei, von da ans jeweilige Generalsekretariat der zuständigen Direktion, von da ans zuständige Amt oder die zuständige Fachstelle. Die involvierten Fachpersonen hätten positiv auf das Projekt reagiert, heisst es weiter im Bericht. Sie nannten gar von sich aus weitere Anwendungsfälle für entscheidungsunterstützende Algorithmen in ihrem Arbeitsalltag, «die mit meist repetitiven wie auch teilweise unnötigen Teilprozessen zusammenhängen». Man reibt sich die Augen: Gesteht die Verwaltung hier wirklich Rationalisierungspotenzial? Hätte die Pilotstudie

auch noch die nächste Revolution in der KI, den Text-Generator ChatGPT, berücksichtigt, wären Vorstösse womöglich auch noch mittels Algorithmen versuchsweise beantwortet worden. Obwohl der neue AI-Kumpel neben einer hohen Quote richtiger Antworten auch viel Nonsense ausspuckt, könnten dank Machine Learning gerade Dauerbrenner unter den Vorstoss-Verfassern im Kantonsrat mit gewisser Zuverlässigkeit von der KI abgefertigt... pardon: beantwortet werden. Ganz allgemein fragt sich nun: Wird sich die Verwaltung selber ein wenig abschaffen, wenn das Delegieren repetitiver Tätigkeiten an die künstliche Intelligenz zahllosen Staatsangestellten den Job kosten wird? Immerhin spekuliert die Welt darüber, wann die KI Buchautoren und ganze journalistische Sparten ersetzen wird. Aber ersetzen? Ein (zu) grosses Wort. Vorsichtig heisst es in der Studie, dass die betroffenen Verwaltungspersonen lediglich «durch den Einsatz von Künstlicher Intelligenz entlastet werden können». Wäre ja zu schön: Freiwillig geschrumpft ist die Verwaltung nämlich noch nie. Vielleicht könnten aber «entscheidungsunterstützende Algorithmen» eines Tages im HR bei der Wegrationalisierung nachhelfen.

Anzeige

Geschäftsdokumente automatisiert austauschen.

Abacus E-Business/E-Commerce – die Software für den elektronischen Dokumentenaustausch



Weitere Informationen finden Sie unter: abacus.ch/e-business



IMPRESSUM

Mitteilungsblatt für die Mitglieder des KMU- und Gewerbeverbands Kanton Zürich

Herausgeber
KMU- und Gewerbeverband Kanton Zürich
Ilgenstrasse 22, 8032 Zürich
Tel. 043 288 33 66, Fax 043 288 33 60

Redaktion
zuercherwirtschaft@kgv.ch
Telefon 043 288 33 66
Mitarbeiter: Marcel Hegetschweiler, Marcel Vollenweider, Barbara Rüttimann

Chefredaktor
Mark Gasser, Zürcher Wirtschaft
KMU- und Gewerbeverband Kanton Zürich
Ilgenstrasse 22, 8032 Zürich
Tel. 043 288 33 66, Fax 043 288 33 60
mark.gasser@kgv.ch

Zürcher Wirtschaft
Total verbreitete Auflage: 22'822 Expl.
(WEMF), davon verkauft: 16'535 Expl.
Erscheinungsort: Zürich
Erscheinungsweise: 11 Mal pro Jahr
Nachdruck unter Quellenangabe gestattet
Belegexemplare erbeten

Gestaltung/Produktion
Markus Zeller/Mark Gasser

Druck
CH Media Print AG

Anzeigenverwaltung
bachmann printservice gmbh
Samuel Bachmann
Hölzliwisenstrasse 5, 8604 Volketswil
044 796 14 44 (Produktion)
044 796 14 42 (direkt)
info@bps.zuerich

Annahmeschluss für Inserate
am 28. Tag des Vormonats

Adressänderungen
Bitte direkt an den Herausgeber:
KMU- und Gewerbeverband Kanton Zürich
Ilgenstrasse 22, 8032 Zürich
info@kgv.ch / www.kgv.ch
Bitte Nummer über Adressaufdruck angeben

TOPADRESSEN – die günstigste Art zu werben – verlinkt und online auf allen Kanälen abrufbar!

Abdeckblachen – Hüllen – Zelte

Blacho-Tex AG – 5607 Häggingen AG
Schutzhüllen + Seitenwände aller Art
Tel. 056 624 15 55 – www.blacho-tex.ch

Anzeigenmarketing und Medien

bachmann printservice gmbh
8604 Volketswil – Telefon 044 796 14 44
info@bps.zuerich
www.bps.zuerich

Bekleidung und Werbeartikel

Jim Bob – Föhlochstr. 5A – 8460 Marthalen
Telefon 052 305 4000
info@jimbob.ch – www.jimbob.ch

Dachdecker / Spengler

Staudacher + Söhne AG / 044 421 20 10
Dachreparaturen + Flachdachsanierung
www.staudacher-soehne.ch

Ferien-, Bus- und Carreisen

KOPF REISEN AG, 052 384 10 00, 15–80 Plätze
www.kopf-reisen.ch.info@kopf-reisen.ch

Garten- und Landschaftsbau

Schädeli Gartenbau
Unterhalt und Renovationen
8046 Zürich, Kugelilostrasse 39
Telefon 044 371 41 30, Fax 044 371 41 97
gartenbau@schaedeli.ch
www.schaedeli.ch

Hauswartungen

sf home + garden ag
Facility Service, Hauswartungen
8050 Zürich, Kugelilostrasse 48
Telefon 044 313 13 44, Fax 044 311 91 35
info@home-garden-ag.ch
www.home-garden-ag.ch

Schädlingsbekämpfung

Tauben-Marderabwehr
www.ratex.ch – 044 241 33 33

Vorsorgeauftrag

PFP Hefele & Partner AG, Pfäffikon ZH
www.rechtzeitig.ch, Tel. 044 929 60 00

Direkt online buchen: www.topadressen.ch

6 x / 11 x (immer monatlich folgend!) – Bitte ankreuzen!

Rubrik	Max. Zeichen (inkl. Leerzeichen)	6 Ausgaben Preis CHF	11 Ausgaben Preis CHF
Textzeile 1 (Firma)	28	105.–	172.–
Textzeile 2	38	210.–	324.–
Textzeile 3	38	305.–	476.–
Textzeile 4	38	395.–	628.–
Textzeile 5	38	495.–	780.–
Textzeile 6	38	590.–	932.–

Mindestbestellung: Rubrik (gratis) + 1 Textzeile.
Alle Preise exkl. MWST



Hölzliwisenstrasse 5, 8604 Volketswil
Telefon: 044 796 14 44
info@bps.zuerich
www.bps.zuerich

Sicherheit und Risiken bei KMU mit Hintergrundberichten zur Wirtschaft und Politik, KMU-Ratgeber und profilierten Kolumnisten sowie News und Aktivitäten aus den Gewerbevereinen und dem KMU- und Gewerbeverband des Kantons Zürich

in der «Zürcher Wirtschaft» vom **25. Mai 2023**

Annahmeschluss Redaktion / Inserate: 12. Mai 2023!



bachmann printservice gmbh
Samuel Bachmann, Inhaber und Geschäftsleiter • Telefon 044 796 14 42
Telefon 044 796 14 44 (Produktion) • www.bps.zuerich
E-Mail für Anzeigenaufträge: info@bps.zuerich



Zürcher Wirtschaft



Bild: stock.adobe.com © hachri

Neue Weiler- und Kleinsiedlungszone: Rechtssicherheit für Hauseigentümer

Mit der vorläufigen Unterstützung der parlamentarischen Initiative «Schaffung einer neuen Zone ausserhalb Siedlungsgebiet (Änderung PBG Kanton Zürich)» durch den Kantonsrat Ende Februar kann für die betroffenen Grundeigentümerinnen und -eigentümer, aber auch für die Gemeinden, Rechtssicherheit geschaffen werden.

Im Kanton Zürich gibt es heute rund 300 Kleinsiedlungen – insbesondere Weiler. 276 dieser Kleinsiedlungen sind der Kernzone zugewiesen, die im Kanton Zürich als Bauzone gilt. Der Rest befindet sich in der Landwirtschaftszone. Mitte März 2022 wartete die Baudirektion des Kantons Zürich jedoch mit einem Kreisschreiben an die Gemeinden auf, das es in sich hatte. Darin wurde den Gemeinden mitgeteilt, dass davon auszugehen sei, dass «rund die Hälfte der Kleinsiedlungen die Voraussetzung für den Verbleib in einer Bauzone nicht erfüllen.»

Was zur Folge haben könnte, dass rund 130 dieser Siedlungen aus der Bauzone gestrichen werden. Solche Auszonungen hätten einerseits schwerwiegende Auswirkungen auf die betroffenen Haus- und Grundeigentümer, deren baulichen Mög-

lichkeiten entgegen der bisherigen Praxis massiv eingeschränkt würden. In diesen Nicht-Bauzonen wären zudem Neubauten unzulässig. Ein solches Vorgehen der Behörden käme einer faktischen Enteignung oder einer massiven Eigentumsbeschränkung mit erheblichen Wertverminderungen von Grundstücken und Liegenschaften gleich, was für unseren Verband inakzeptabel ist.

Andererseits wären von solchen Umzonungen auch die Gemeinden betroffen, die Bauland zu verlieren drohen, das der Kanton bislang im Rahmen der Überprüfung der kommunalen Bau- und Zonenordnungen rechtskräftig bewilligt hat.

HEV Kanton Zürich verlangt Rechtssicherheit

Der HEV Kanton Zürich nimmt vor diesem Hintergrund den Entscheid des Kantonsrates von Ende Februar mit Erleichterung zur Kenntnis. Mit der vorläufigen Unterstützung des Vorstosses sollen bestehende Weiler-Kernzonen und Kleinsiedlungsgebiete ausserhalb des im Richtplan bestehenden Siedlungsgebietes einer neuen Zone, der «Weiler- und Kleinsiedlungs-Zone (KSW)», zugewiesen werden. In dieser sollen Umnutzungen, Umbauten und Ersatzneubauten weiterhin möglich bleiben. Ebenfalls sollen Neubauten zur Lückenschliessung weiterhin möglich sein.

Der Vorstoss wird nun einer Kommission zu Bericht und Antrag überwiesen. Danach liegt der Ball beim Regierungsrat. Statt die betroffenen Hauseigentümer weiterhin im Unklaren zu lassen, tut er gut daran, mit einer pragmatischen und eigentumsfreundlichen Änderung des kantonalen Planungs- und Baugesetzes Rechtssicherheit zu schaffen.

Weitere Informationen:
www.hev-zh.ch



Wohnungsknappheit – Wohnungsnot

Selbst genutztes Wohneigentum ist kaum mehr erschwinglich. Vor allem in den städtischen Agglomerationen sind die Angebotsmieten tendenziell steigend. Insgesamt steigen die Wohnkosten und die Aussichten sind düster. Günstiger Wohnraum wird immer knapper. Im Herbst sind National- und Ständeratswahlen und so üben sich einige Protagonisten vor allem in Wahlkampfretorik und Ideologie, auch um sich mit den wahren und längst bekannten Umständen und Problemen nicht wirklich auseinandersetzen zu müssen. Der Ruf nach staatlicher Mietzinskontrolle und Renditedeckelung wird immer lauter, obwohl, das haben wir ja bereits ...

Die Ursachen der oben beschriebenen Entwicklung sind offensichtlich. Die stetig wachsende Bevölkerung (2022 netto um mehr als 80 000 Personen, dazu kommen rund 100 000 Asylsuchende und Flüchtlinge) sowie die deutliche Entwicklung in Richtung Kleinhaushalte wegen gesellschaftlicher Veränderungen führen zu erhöhter Nachfrage. Gleichzeitig stagniert die Bautätigkeit bzw. nimmt gar ab. Die Zahl der Baubewilligungsverfahren ist deutlich rückläufig. Bebaubarer Boden ist ein sehr knappes Gut, entsprechend hoch sind die Baulandpreise. Die Baukosten sind gestiegen und verharren zumindest auf hohem Niveau. Einspracheverfahren, rigide Lärmschutzvorschriften und denkmalpflegerische Beschränkungen bringen die Bautätigkeit fast zum Erliegen. Das grosse Ziel der Verdichtung der bestehenden Bauzonen bleibt mehr frommer Wunsch: Verdichten schon, aber eben nicht in der direkten Nachbarschaft ... Und solange Städte und Gemeinden durch Auf- und Umzonung geschaffene Mehrwerte gleich mit dem Maximalsatz wieder abschöpfen, verzichten vor allem private Bauherren lieber auf das Bauprojekt.

Es braucht Impulse und echte Anreize, damit die Wohnbautätigkeit wieder an Schwung gewinnt. Nur so wird Wohnraum für alle wieder erschwinglich und wird aus Wohnungsknappheit nicht wirklich Wohnungsnot.



Hans Egloff, Präsident
Hauseigentümerverband Kanton Zürich